

die herrschende Not an Wohnungen und Arbeitsräumen zugelassen werden, damit „die Industrie bis zum erlaubten Ausmaße unterstellt werde“ (S. 21). Die Benützung von Kellerräumen als Werkstätten ist eine allgemeine Erscheinung. Wenn in der Zeit der Industriekrise die Unternehmer nicht die zum Schutze des Arbeiterlebens notwendigen Vorkehrungen aufzuführen, so wird ein kapitalistisches Gemüt, für das die Lebensberechtigung der Arbeiter nur in der Erzeugung von Profitten für den Kapitalisten besteht, dies ganz in der Ordnung finden. Aber selbst in der Zeit der höchsten Konjunktur, welche für die Glasindustrie bestand, fand ein Gewerbeinspektor eine Glasfabrik, wo der Ziegelboden beschädigt und aneben war, die Wände vom Rauch vollständig beschmutzt, die Arbeiter von schädlichen Dämpfen und Rauchgasen, die einem veralteten Generator entströmten, gefährdet. So wurden die großen Profite in der Glasindustrie buchstäblich aus den Händen der Arbeiter herausgeschunden. Aber die Kapitalisten nehmen nicht nur keine Rücksicht auf die Gesundheit ihrer Arbeiter, sondern auch nicht auf die Gesundheit derer, die ihre Waren kaufen. Man muß schon seiner Abscheu darüber Ausdruck geben, daß der Inhaber einer Teichner Lebensmittelherstellung für seine Arbeiter keine Waschgelegenheiten und Spundnäpfe bereit stellt, oder wenn diese aus Fellen erzeugt werden, die nicht desinfiziert sind und so die Möglichkeit besteht, daß die schädlichsten Krankheitskeime die weiteste Verbreitung finden. Tausende von Werkstätten, die in Kellern untergebracht sind, haben keine Tagesbeleuchtung, keine Fenster, der Abstand der Decke vom Fußboden beträgt oft nur zwei Meter, so daß die Arbeiter kaum Luft zum Atmen haben, die zerbrochenen Fenster sind mit Wollern verstopft, wie dies aus der Slowakei vielfach gemeldet wird. Ueberhaupt scheint der Arm des Gesetzes zu kurz zu sein, um bis in die Slowakei zu reichen, wo noch der Kapitalismus in seiner brutalen Unmenschlichkeit herrscht und wo das Verständnis für die Notwendigkeit des Schutzes des Arbeiters so groß ist, daß eine Anwesenheit im Trenschiner Bezirk drei Jahre lang dem Gewerbeinspektor keinen Unfall meldete, trotzdem der Beamte angeblich ständig urgierte. In Karpathoruthland gar gibt es überhaupt keine Gewerbeinspektion, das Land, das immerhin 600.000 Einwohner hat, also so viel wie die Reichshauptstadt Prag, wird einfach vom Kaiserlichen Gewerbeinspektor „mitgenommen“. Daß eine solche Inspektion keinen Pfifferling wert sein kann, versteht sich von selbst.

Wie die Arbeiter in diesen Werkstätten litten, kann man danach erkennen. Das Tageslicht in den Werkstätten war vielfach unzulänglich, sogar in den Arbeitsstätten, wo an die Augen der Arbeitenden die größten Anforderungen gestellt werden, wie beispielsweise in Sebereien. Selbst in der Nähe von Trautenau, das doch schließlich nicht in der Slowakei liegt, war eine Druckerei, die, wie der Bericht sagt, „allertümliche“ Lampen verwendete, so daß sich die Seher wohl bald alle die Augen verlorben. Nicht genug daran, daß oft in Kellerräumen gearbeitet wird, wodurch man gezwungen ist, ständig bei künstlicher Beleuchtung tätig zu sein, wurden die Kellerräume, wenn sie zerbrochen, durch solche aus Blech oder Bretter ersetzt, und vor allem werden die Fenster nicht gereinigt. In einem Bäckereibetriebe im Teichner Bezirk, der überhaupt, was Arbeiterschutz betrifft, vernachlässigt zu sein scheint, wurden die Fenster deswegen nicht gereinigt, weil der Gewerbeinspektor die Spinnweben als geeignetes Mittel gegen Ungeziefer betrachtete! Dabei war die Bäckerei in einem Keller untergebracht. Aus den gleichen Gründen ist die Luft

in diesen ungeeigneten Werkstätten schlecht. Die in gewissen Gewerbebetrieben bei der Arbeit entstehenden Dämpfe werden nicht abgeleitet und so die Lungen des Arbeiters langsam zugrunde gerichtet, der Tuberkulose immer neue Opfer darbringt. In einer Glaserfabrik war stets eine so schlechte Luft, daß die Arbeiterinnen ständig von Unwohlsein und Ohnmacht befallen wurden, ohne daß etwas geschah, um diese Proletarierinnen vor dem Ausströmen des Gases zu schützen. Die Ventilation in der betreffenden Werkstätte war so schlecht, daß bei ungünstigem Wetter die Dämpfe in die Arbeitsräume wieder zurückgeblasen wurden. Auch in den Fabriken, wo Cellulosewaren erzeugt werden und die Ware in Essigsäure getaucht wird, oder in Knopffabriken, wo man Formaldehyd gebraucht, liegt die Ableitung der schädlichen Dämpfe alles u. wünschen übrig. Die Gewerbeinspektoren sollen nicht nur solche Werkstätten besichtigen, sondern sich auch interessieren, wie die Gesundheit der Arbeiter darunter leidet, welche Krankheiten als Folgen davon in den Arbeiterfamilien auftreten. Ebenso leiden die Arbeiter in den Arbeitsräumen unter der Kälte und es stellen sich alle möglichen Verletzungen und ernste Krankheiten als Folge dieses Zustandes bei ihnen ein. Fürchterlich litten die Arbeiter in der Zeit des Kohlenmangels noch dem Kriege, da die Werkstätten noch weniger erwärmt wurden, als sonst.

Völlständig vernachlässigt wurden die Vorschriften über die Notausgänge in industriellen Betrieben. In zwei Mühlen in der Nähe von Prag waren die Fenster, die zu den Notleitern führten, wegen Furcht vor Diebstählen nicht geschlossen gehalten, so daß im Falle eines Brandes die Arbeiter einfach nicht hinauskommen. In einer Juckerfabrik befand sich der Schlüssel zum Notausgang im Besitze eines Beamten, der zu Zeit der Besichtigung durch den Gewerbeinspektor einfach keinen Dienst hatte! In einer anderen Juckerfabrik — bekanntlich sind die Gewinne der Juckerfabrikanten nicht klein, ebenso groß scheint aber ihre Rücksichtslosigkeit zu sein — war der Zugang zum Notausgang durch eine große Blechtür vollständig verammelt, in einer Juckerfabrik war der Notausgang versperrt und kein Mensch, nicht einmal der Direktor wußte wo der Schlüssel aufgehoben sei. Auch das war nicht in Karpathoruthland, sondern in Königgrätz, wenige Bahnstunden vom Siege der Regierung. Genau dasselbe war in einer Färberei und Knopffabrik. Die Gewissenlosigkeit der Kapitalisten ist eben nicht auf die Branche beschränkt. In einem Metallbetrieb wieder war wohl der Schlüssel da, er steckte nämlich im Schloße — aber war zerbrochen, so daß man nicht aufsperrn konnte. In einer Möbelfabrik wieder (Pardubitzer Bezirk) endigte die Rettungsleiter auf einem unwegsamen Dache, so daß man bei einer Feuersbrunst dieselbe gar nicht gebrauchen konnte. Man sieht, das Leben des Arbeiters gilt dem Kapitalisten gar nicht! Selbst die auch für den Laien ganz selbstverständliche Vorschrift, daß ein Kesselsaum nur eine leichte Decke haben darf, weil sonst bei einer Explosion das Unglück ins Maßlose vergrößert wird, wird nicht beachtet. Im Reichenderger Bezirk ist ein solches Kesselsaum bei einer Inspektion beanstandet worden, das eine doppelte feste Decke hatte und sogar in einer staatlichen Tabakfabrik fand man ähnliche Zustände. Es gibt auch Kesselsäumer, die keinen direkten Ausgang ins Freie haben, was die höchste Gefährdung des Lebens des Arbeiters bedeutet. (Königgrätzer Bezirk). Das Un glaublicke dieser Art stellt aber ein Fall im Bezirk Kremsier dar, wo im Kesselsaum einer Säge gegenüber dem ungesicherten Schwungrad eines Lokomotils eine Schlafstätte war, auf der Kinder spielten und schliefen.

So sieht man aus den langen Beispielen selbst des langen Berichtes, daß das Leben des Arbeiters und seiner Familie ständig bedroht ist und daß der Tod an allen Ecken und Enden auf ihn lauert, daß er von der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu einem seelenlosen und schmerzhaften Erzeuger von Profitten herabgedrückt wird.
(Ein zweiter Artikel folgt.)

Inland.

Ein Rundschreiben Raschins.

Das Finanzministerium hat an alle Amtler folgendes Schreiben gerichtet: Nach Mitteilung des Präsidiums des Finanzministeriums vom 2. Dezember 1922, Zahl 12.728 hat die Regierung in ihrer Sitzung vom 30. November den Finanzminister zu folgender Verfügung ermächtigt.

„Allen aktiven Staatsangestellten, den Zivilen und militärischen werden ab 1. Jänner 1923 bis zur neuen gesetzlichen Regelung mittels Vorschusses die außerordentlichen und Notausgaben im bisherigen Maße aufgezahlt, gleichzeitig aber werden von ihren Einnahmen die gesamte Einkommensteuer (100 Prozent) in Abzug gebracht und der Pensionsbeitrag um 75 Prozent erhöht. Allen Staatsangestellten, die eventuell vor dem 1. Jänner 1923 in Pension gehen, sowie ihren Angehörigen werden ab 1. Jänner 1923 bis zur neuen gesetzlichen Regelung mittels Vorschusses die Auslagen nach den bisher geltenden Vorschriften ausgezahlt. Alle, die diese Einkommen beziehen, mögen in geeigneter Art von der erwähnten Form der Aufzahlung durch Vorschuss verständigt werden.“

Die Amtler haben von diesem Rundschreiben die Beamtenchaft verständigt, mit dem Bemerkten, daß die Buchhaltungen angewiesen wurden sofort die nötigen Vorkehrungen zu treffen.

Die tschechische Sozialdemokratie ist immer und überall gegen die Wahlen. Die Partei trat im vorigen Jahre für die Verschiebung der Wahlen in die Gemeinderatswahlen ein und es ist noch nicht bekannt geworden, ob sie für die Durchführung der Gemeinderatswahlen im heurigen Jahre eintritt. Sie ist weiters gegen die Durchführung der Wahlen in die Krankenkassen, obwohl in den Krankenkassen seit urvordenlichen Zeiten keine Wahlen stattgefunden haben und nicht einmal in den neuerrichteten Krankenkassen Wahlen stattfinden dürfen. Ebenso ist die tschechoslowakische Sozialdemokratie gegen die Wahlen in Karpathoruthland. Die amerikanischen Ruthenen haben, wie bereits gemeldet haben, am 28. November in Pittsburg einen Kongress abgehalten, in dem sie die Vorname der Wahlen in Karpathoruthland fordern und sogar mit einer Beschwörung beim Völkerverbund drohen, wenn ihre Forderung binnen sechs Monaten nicht Erfüllung findet. Dieser Beschluß hat das Zentralorgan der tschechischen Sozialdemokraten, welche doch schließlich die Demokratie im Namen haben, zu dem Stoßhaufen veranlaßt, daß die amerikanischen Verhältnisse auf Europa übertragen und dabei vergessen, daß Karpathoruthland von der Irredenta bedroht ist. Deswegen sollen ihre Wahlen kulturell zu wenig entwickelt, um ihr Wahlrecht entsprechend ausüben zu können. Das „Pravo Lidu“ gebraucht also dasselbe Argument, das die Verteidiger des Dreiklassenwahlrechtes im preussischen Landtag gegenüber dem deutschen Proletariat und das die Reaktionen des Wahlrechtskampfes gegenüber dem österreichischen

Proletariat und gegenüber der tschechischen Sozialdemokratie selbst gebraucht haben. Aber in der tschechischen Sozialdemokratie scheint eben der eine Grundzug zur unbedingten Herrschaft gelangt zu sein: Immer und überall gegen die Wahlen!

Die Antwort der tschechischen sozialistischen Parteien. Die Kommunisten haben sich an alle sozialistischen Abgeordnetenclubs gewandt, mit dem Antrag, eine gemeinsame Beratung über die Lösung der Wirtschaftskrise abzuhalten. Die tschechischen Sozialdemokraten haben bereits eine Antwort erteilt, in der es heißt, daß sie gemeinsam mit den Gewerkschaften und Gewerkschaften am 31. August d. J. Forderungen und Anträge zur Lösung der Wirtschaftskrise aufgestellt haben und an deren Durchführung arbeiten. Einige dieser Forderungen seien inzwischen erfüllt worden und es sei den Kommunisten die Möglichkeit gegeben, in- und außerhalb des Parlamentes das Bestreben der tschechischen Sozialdemokraten nach Durchführung der weiteren sachlichen Forderungen zu unterstützen. Die tschechischen Sozialdemokraten seien überzeugt, daß insbesondere die Beschaffung von Investitionsanteilen zur Durchführung staatlicher Arbeiten notwendig seien. Die Voraussetzung hierzu sei ein vom Parlament rechtzeitig genehmigter Staatsvoranschlag und die direkte Kontrolle der sozialistischen Parteien in der Verwaltung des Staates durch Teilnahme an seiner Regierung. Da der Standpunkt des kommunistischen Clubs ein grundsätzlich anderer ist, hält der sozialdemokratische Abgeordnetenclub es nicht für angebracht, an einer gemeinsamen Beratung teilzunehmen. — Der Klub der Abgeordneten der tschechischen sozialistischen Partei teile den Kommunisten mit, daß er zu ihrem Antrag nur einen Standpunkt im Einvernehmen mit dem Vorschlagsausschuß der Partei einnehmen könne, beiraute aber die Abgeordneten S. a. v. i. c. l., L. a. u. b. e. und U. h. l. i. r. mit dem kommunistischen Abgeordnetenclub in unverbindliche informelle Besprechungen einzutreten.

Gen. V. P. a. l. i. g. l. e. des mährischen Landesparlamentes. Wie die „Bibové Noviny“ melden, wurden im letzten Ministerrat Ernennungen in den mährischen Landesparlamenten vorgenommen. Es wurden neu ernannt: der gewesene Abgeordnete Kopecký für die tschechische Sozialistenpartei, P. i. h. a. l. für die Volkspartei und P. i. p. a. l. für die deutschen Sozialdemokraten.

Eine Eigenmächtigkeit Curzons?

London, 7. Dezember. (Tsch. P.-B.) Einiges Aufsehen erregte im Unterhause eine Anfrage an die Regierung, die einen von Sunariz im Februar dieses Jahres an Lord Curzon gerichteten Brief sowie die Antwort Curzons auf diesen Brief betraf. Die Anfrage ging von dem früheren Privatsekretär Lloyd George, Sir Edward Grieg, aus und lautete, ob irgend ein Dokument vorhanden sei, aus dem hervorgehe, daß dieser Briefwechsel den Kollegen Lord Curzons mitgeteilt und vom Kabinete erörtert worden sei. Bonar Law antwortete, die Note Sunariz vom 15. Februar und die Antwort darauf sei dem Kabinete vorgelegt worden. Lloyd George sprach seine Ueberzeugung über diese Erklärung aus, worauf Bonar Law hinzufügte, das Foreign office habe ihm mitgeteilt, daß das Dokument unter den Mitgliedern des Kabinetes zur Kenntnisnahme zirkuliert habe. Im Oberhause behandelte Lord Birkenhead, daß er niemals ein solches Dokument gesehen habe, und betonte, daß vielleicht die Ereignisse einen ganz anderen Gang genommen hätten, wenn das gesamte Kabinete von der Ansicht Sunariz über die militärische Lage in Klein-Asien Kenntnis gehabt hätte.

Der Frauentadl von Bagdad.

Von Julius Csermely.

Harun al Raschid, der Kalif besten Angedenkens, der weithin leuchtende Stern seines Reiches, pflegte — wie allbekannt — verkleidet in den Straßen Bagdads umherzuwandeln, und auf diese Art ganz unmittelbar mit den Leuten seines Volkes in Berührung zu kommen. Bald als Wasserträger verkleidet, bald als Obst- und Süßigkeitenhändler, drängte er sich unter die Menge und hatte Augen für alles, beobachtete und merkte sich alles, was da um ihn getan oder gesprochen wurde. Manchmal sogar spannte er absichtlich Streit mit irgendeinem anderen Händler, lieber aber mit irgendeinem wohlhabenden Stadtbürger, um vor dem Kadi erscheinen und sich unmittelbar überzeugen zu können, wie dieser Gerechtigkeit übt zwischen armen und reichen, zwischen angesehenen und niedrig gestellten Leuten. Die unparteiischen Richter behandelte er mit fürstlichem Wohlwollen, die unredlichen oder gar bestechlichen belohnte alsbald die Schwere seines Jornes zu spüren.

Eines Tages, als Dervisch verkleidet, kam er zu einem Schwammbier, um sich den Kopf waschen zu lassen. Selim ben Yusuf, so hieß der Barbier, machte dem heiligen Mann einen Teppich als Sitzplatz zurecht und begann mit den Vorbereitungen zu seiner Arbeit; der Dervisch hatte unterdessen Zeit, sich umzusehen. Er bemerkte eine Tafel, die jedenfalls dem Barbier gehören mußte, denn sie war an seinen Arbeitstisch festgenagelt. Und er las folgende, auf die Tafel geschriebene Zeilen:

Dinge, an denen nicht zu zweifeln ist:

1. Daß Allah ewig und einzig mächtig ist.
2. Daß Mohammed sein Prophet und Wand auf Erden war.
3. Daß jedes Frauenzimmer der Welt geschwätzig ist.

Der Kalif begann zu lachen.

— Du, Barbier, du hältst wenig von den Weibern, daß du solches über sie schreibst, sprach er.

Der Barbier machte eine verneinende Bewegung.

— Im Gegenteil, widersprach er; die Weiber schätze ich als höchste.

— Etwa dadurch, daß du sie geschwätzige Geschöpfe nennst?

— Verzehre mir, heiliger Mann, aber du hast schlechte Augen. Du bemerkst nur, daß die Weiber geschwätzig sind und übersehst ganz und gar, daß nach Allah und Mohammed gleich die Weiber folgen, als die Ersten.

Diese Antwort wirkte so verblüffend, daß der Kalif kein weiteres Wort sprach.

— Dieser Barbier ist ein sehr kluger Kopf, dachte er.

Der Meister begann jetzt schnell zu arbeiten, denn es war inzwischen noch ein Kunde erschienen, der sich setzte und aufs Messer wartete. Der Ankömmling schien Handwerker zu sein, in Wirklichkeit aber war er ein hochgestellter Vertrauter des Kalifen.

Als der Kopf des letzteren schon glatt war, wie poliertes Eisenblech, hielt ihm der Barbier einen Spiegel vor die Augen.

— Gediegene Arbeit, nicht wahr? so sprach er und lächelte gemächlich und vertrauensvoll vor sich hin.

— Du Barbier, hast du nicht auch einen Vergrößerungsspiegel?

— Allahs Wille war, daß ich einen haben soll, darum habe ich auch einen, war die Antwort.

Im Vergrößerungsspiegel betrachtete, schien der Kopf des Kalifen ein Stoppelfeld. Vorstehen neben Vorstehen wie nach der Ernte die Strohstümpfe nach dem Getreideacker.

Harun al Raschid winkte dem Barbier zu sich und zeigte auf seinen Kopf im Spiegel.

— So hast du mich rasiert, mein Bruder? fragte er.

Der Barbier nahm auf diesen Vorwurf hin das Messer zur Hand, aber nicht, um damit über das Stoppelfeld zu fahren. Er hielt es bloß vor den Spiegel und lächelte.

— Heiliger Mann, sagte er, wenn du schon deinen Kopf in diesem Vergrößerungsspiegel betrachtest hast, so betrachte dort auch die Schneide dieses Messers... nun betrachte sie.

Der Kalif war auch jetzt verwundert über die schlagfertige Antwort des Barbiers. Im Vergrößerungsspiegel schien auch die Schneide des Rasiermessers stumpf zu sein.

— Der Barbier ist ein sehr kluger Kopf, ich werde ihn zum Kadi ernennen, sagte der Kalif zu seinem Vertrauensmann, als auch dieser rasiert war. Wenn man vor ihm irgendeine Sache aufblasen will, wird er die Schneide des Rasiermessers ganz gewiß im Vergrößerungsspiegel betrachten.

— Um ein guter Richter zu sein, meine der Vertrauensmann, sind drei Dinge notwendig: Klugheit, Freimut und Unabhängigkeit in jeder Beziehung.

— Daß der Barbier ein verständiger Mensch ist, haben wir schon gesehen. Ob er auch offen und mutig ist, davon werden wir uns leicht überzeugen. Nach einigen Wochen — möge er bis dahin vergessen, was heute geschehen — will ich ihn zu mir rufen und mich von ihm rasieren lassen, ich, der Kalif aller Gläubigen. Wird er wohl auch dann so reden, wie er heute gesprochen hat, wenn der Kalif einen Vergrößerungsspiegel in die Hand nimmt? ...

Nun, der Barbier sagte auch dem Kalifen das, was er seinerzeit dem Dervisch gesagt hatte. Daß der Kalif auch die Schneide des Rasiermessers im Vergrößerungsspiegel betrachten möge.

Kurze Zeit hierauf wurde er zum Kadi ernannt und im Hofe einer großen Moschee wallete er seines Amtes als Richter.

Bald wurde er überall gerühmt, daß er unbestechlich, tüchtig und unparteiisch sei, und besonders die Weiber lobten ihn über alle Maßen.

Frauen sind ja geschwätzig, besonders wenn sie mit Streitigkeiten vor dem Richter erscheinen, aber Selim, der weise Kadi, hörte geduldig auch das langwierigste Gerede an.

Bald kam es dem Kalifen zu Gehör, daß Selim, der Frauentadl von Bagdad, ein gar populärer Mann der Stadt sei. Besonders die Weiber seien von ihm entzückt — so berichtete man — und dem Kalifen kam ein schnurriger Einfall. Er ließ seinen Vertrauensmann zu sich kommen und fragte ihn:

— Hast du unter deinen Frauen auch geschwätzige?

— Du hast es selber gelesen, was auf der Tafel des Barbiers stand, antwortete der Vertraute, daß alle Weiber der Welt geschwätzig sind.

— Dann nimm die Geschwätzigste, Abdullah, und gebe mit ihr morgen zum Kadi. Erscheine in der Tracht eines wohlhabenden Kaufmanns und verleihe deine Frau, daß du wegen ihrer Schwachmützigkeit weder tags noch nachts Ruhe hast. Und besteh darauf, daß der Kadi sie bestrafe... auch ich will zugegen sein und, wenn wie Selim, der Kadi, urteilen wird.

So geschah es auch am nächsten Morgen. Es kam der Mann mit seiner Frau und sprach: Ich bitte um deine Hilfe, o Kadi. Die meine Frau schwört so ausdauernd, daß ich schon meines Lebens überdrüssig geworden bin. Vom frühen Morgen bis zum späten Abend gackert sie wie eine Henne, die schwer Eier legt. Bestrafe sie, du weiser Kadi, damit ich endlich Ruhe in meinem Hause habe.

— Darf ich eine Bemerkung machen? Ich steh dich der Kalif hören, der, als Gemütskranke verkleidet, die Verhandlung mit anhörte.

— Du darfst reden, entgegnete der Kadi, aber nur im Interesse der Verteidigung. Der Verteidiger können selbst gehen sein, als Ankläger ist auch einer genug.

— Ich will für die Angeklagte eintreten und sagen: Dieser Ankläger zeigt dir die Junge eines Weibes in einem Vergrößerungsspiegel; nun,

Die bayerischen Monarchisten und Mussolini.

Die „Bosnische Zeitung“ brachte dieser Tage eine aufsehenerregende Meldung aus Paris. Darin wurde gesagt, daß die bayerischen Monarchisten vor einiger Zeit versucht hätten, am Brüsseler Hofe Erlaubnisse darüber einzuziehen, wie die Wiederherstellung der Monarchie in Bayern von den Entente-mächten ausgenommen werden würde. Aufseinerhand seien daraufhin die Entente-regierungen von Brüssel aus auf die von München her drohende monarchistische Gefahr aufmerksam gemacht worden, denn der bayerischen Regierung seien von Italien und der Tschechoslowakei Warnungen zugegangen. In dieser Angelegenheit wird jetzt von der Korrespondenz Hoffmann eine „Nichtigkeitsklärung“ verbreitet, wonach „offiziell, von zuständiger Seite“ erklärt worden ist, „daß irgendwelche Warnungsschritte einer fremden Macht bei der bayerischen Regierung niemals erfolgt sind.“

Das Bemerkenswerte an dieser Erklärung ist, daß darin nur die „Warnungsschritte“ bestritten werden. Nicht bestritten wird dagegen, daß Sondierungsversuche in Brüssel erfolgt sind. Man darf deshalb mit Sicherheit annehmen, daß tatsächlich die bayerischen Monarchisten in Brüssel ihre Fühler ausgestreckt haben, daß sie also auf allen Wegen versuchen, ihr Ziel zu erreichen. In diesem Zusammenhang verdienen auch neue Enthüllungen über die Beziehungen Mussolinis zu Bayern besondere Beachtung. Das Vaterland, ein in Luzern erscheinendes Organ der katholisch-konservativen Partei, brachte vor einer Woche einen ihm aus München zugegangenen interessanten Bericht, aus dem hervorgeht, daß Mussolini unter Umgehung Berlins seine Unterhändler nach München geschickt hat, um den Boden für ein engeres Zusammenarbeiten zwischen dem antisozialistischen Italien und dem nationalistisch-bürgerlichen Bayern vorzubereiten. Mussolini legt auf Bayern ganz besondere Hoffnungen, wie aus dem folgenden Absatz des erwähnten Artikels recht deutlich hervorgeht:

Die Politik Mussolinis gegenüber Deutschland stützt sich nach den Darlegungen seiner hierher entsandten Vertrauensmänner auf die grundsätzliche Erwägung, daß Bayern als durchaus antisozialistisches Staatswesen die von Italien nach Norden vorzuschiebende „Südwestachse“ der europäischen Politik angeschlossen werden müsse, an der sich die von Moskau her wieder mit verstärkter Macht gegen den Westen Europas über Mittel- und Norddeutschland hin vorgetriebene bolschewistische Woge brechen werde. Deutschlands Einheit sei eigentlich schon zerfallen, das Rheinland samt der Rheinpfalz und dem Ruhrgebiet auf mindestens zwei Generationen an Frankreich verloren. Damit müsse man sich nun eben einmal in Deutschland abfinden. Der Süden Deutschlands aber sei zu retten, allerdings nur unter bayerischer Führung und in engem Anschluß an Italien. Wenn infolge einer Trennung von Norddeutschland die notwendigen Zufuhren ausbleiben, könne Italien mit Lebensmitteln und Rohstoffen einspringen. Ueberhaupt sei das Ziel Mussolinis, den Wirtschaftsverkehr mit Bayern nach Kräften zu heben. In dieser Richtung haben auch Unterredungen mit maßgeblichen Vertretern in München stattgefunden, die freilich mehr den Charakter einseitiger Vorschläge Mussolinis trugen, da man in Bayern nicht den Verdacht erwecken möchte, man treibe dem Reiche gegenüber ein Doppelspiel.

Bezeichnenderweise haben die Vertreter Mussolinis in München auch bereits Rücksprache mit jenen Politikern und politischen Gruppen genommen, von denen die Rede geht, daß die staatliche Macht in Bayern über kurz oder lang in

bevor du urteilst, schlag ihm den Spiegel aus der Hand.

Der Rabi nickte ab.
— Du hast aber gesprochen, murte er. Es bleibt sich ganz gleich, ob man in dieser Sache einen Vergößerungs- oder einen Verkleinerungsspiegel zur Hand nimmt. Die Bewegung, die Bewegung der Zunge ist in dem einen so wie in dem anderen. Und darum handelt es sich eben, daß dieses Weib seine Zunge bewegt, nicht darum, ob sie groß oder klein ist.
Jeder war fest überzeugt, daß er die Frau bezwungen werde, um so mehr, als sie volle zwei Stunden lang unausgesetzt das Wort führte und redete. Wie groß aber war die allgemeine Verwunderung, als der Rabi endlich dazu kam, sein Urteil sprechen zu können.

— Du, liebe Frau, sagte der Rabi, kannst in Frieden meines Weges gehen, ich habe kein einziges Wort der Mißbilligung für dich, aber du, du Ankläger, du bekommst drei gute Hiebe auf die Fußsohlen. Und willst du wissen, warum? Weil du wegen einer Sache Klage geführt hast die von Allah schon so bestimmt ist.

Von diesem Tage an strömten die Weiber in hüllen Scharen zum Rabi. Er ist unser Rabi, sagten sie. Jede Frau in Bagdad, die irgendeine Streitigkeit hatte, brachte ihre Sache vor Selim ben Jussuf.

Auch sein Auditorium bestand zum größten Teil aus Weibern. Verschleierte Frauen und Mädchen, die sich neugierig um seinen Teppich scharten, dort Platz nahmen und schwaften. Mit ihren Ohren horchten sie auf den Rabi, wie er verhandelte und Urteil sprach, aber mit ihren Mundwerkzeugen schwiegen sie, wie ein Jahrmarkt von Effern oder Krähen.

Nur eine von den Weibern — man konnte nicht erkennen, war es eine Frau oder ein Mädchen — tat nie auch nur zu einem Worte den Mund auf. Diese Schweigsame wendete sich weder nach rechts, noch nach links, sondern blieb

ihre Hände übergehen werde. So viel man hört, wurde dabei nicht nur die Gemeinsamkeit der Grundrichtung in italienischen Faschismus und in den nationalistischen Strömungen in Bayern hervorgehoben, es soll auf bayerisches Drängen auch die Substratfrage angeklammert und eine befriedigende Lösung in Aussicht gestellt worden sein. Mehr darüber zu sagen, verbietet die Seriosität des heiligen Problems.

unser Münchner Parteiblatt, die „Münchner Post“, bemerkt dazu, daß nach seinen Informationen nicht nur Vertrauensmänner Mussolinis mit München unterhandeln, sondern daß Mussolini kurz vor seinem Staatsstreich persönlich in München gewesen ist. Ebenso sei später von München aus versucht worden, mit Mussolini in Verbindung zu treten. Alle diese Tatsachen zeigen, wie man in München mit allen Kräften und mit allen Mitteln versucht, die „Reinigung Süddeutschlands“ nach faschistischem Muster zu erreichen.

Telegramme.

Näherung in Lausanne.

Russland isoliert.

Lausanne, 8. Dezember. (Schw. D. A.) In der Nachmittags-Sitzung der territorialen Kommission antwortete Lord Curzon auf die Gegenanträge der Türkei. Die Russen bestehen immer noch hartnäckig auf ihren Vorschlägen. Der allgemeine Eindruck ist, daß zwischen den Alliierten und Türken eine Verhandlungsbasis gefunden worden ist, während die Russen fast isoliert dastehen.

Die Reparationsfrage.

London, 8. Dezember. (Havas.) Laut „Times“ wird das Unterhaus am 14. d. über die Reparations- und alliierten Schulden verhandeln.

London, 8. Dezember. (Havas.) Der Kabinettrat prüfte die Reparationsfrage und den Standpunkt der englischen Regierung auf der bevorstehenden Londoner Konferenz.

Brüssel, 8. Dezember. (Havas.) Thénis und Tasspa sind nach London abgereist.

Paris, 8. Dezember. (Havas.) Ministerpräsident Poincaré und Finanzminister de Lasteyrie begaben sich heute mittag nach London.

Neuerliche Hinrichtungen in Irland.

London, 8. Dezember. (A. A.) Das Hauptquartier der Armee des irischen Freistaates in Dublin meldet, daß heute früh in Dublin vier auffällige Führer hingerichtet wurden, und zwar Korn O'Connor, Liam Mellows, Josef Mc. Keown und Richard Barrett. In dem ausgegebenen Bericht heißt es, daß die Hinrichtungen als Vergeltung für die Ermordung des irischen Brigadiers und Abgeordneten des Dail Egan S. Hailes und als Warnung an alle Schwärmer, welche sich mit Nordplänen gegen die Vertreter des irischen Volkes wagen, erfolgt sind.

Korn O'Connor und Liam Mellows waren bekannte Führer der Aufständischen, welche sich den irischen staatlichen Abteilungen nach der erfolglosen Verteidigung des Gerichtesgebäudes in Dublin während des Aufstandes des vergangenen Jahres ergeben hatten.

Pasch mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Belgrad, 8. Dezember. (Sch. P. B.) Der König beauftragte den bisherigen Ministerpräsidenten Pasch neuerlich mit der Kabinettsbildung.

stumm und folgte aufmerksam der Verhandlung. Eines Tages, als die Gerichtszeit abgelaufen war und jene schweigsame Frauengestalt sich entfernen wollte, trat der Rabi auf sie zu und fragte sie:

- Bist du eine Frau oder noch Mädchen?
- Ich bin noch Mädchen, Efendi.
- Willst du mein Weib werden, sprich.
- Vom Herzen gern, Rabi.

Und Selim, der Frauenrabi, eheichte das wortkarge Mädchen. Aber gleich nach seiner Trauung erfuhr er vor dem Kalifen und legte sein Amt in dessen Hände zurück.

— Bist du vielleicht deiner Stelle als Richter müde geworden, Selim?

— Nein, o Herr, aber ich kann nicht mehr Rabi von Bagdad bleiben.

— Warum nicht, Selim ben Jussuf? Ich darf dir sagen, daß du lug und freimütig, kurz, daß du ein vorzüglicher Rabi bist.

— Aber ich bin nicht mehr unabhängig, o Herr aller Herren! Bis jetzt war ich Witwer, nun habe ich zum zweiten Male geheiratet, und als verheirateter Mann kann ich unmöglich weiter der Rabi der Frauen bleiben. Ich kehre zurück zur Seife und zum Messer.

Und so tat er auch, und auch seine Tafel nagelte er wieder an den Tisch. Nur sagte er dem bisherigen Text noch einige Worte hinzu. Jetzt hieß es auf der Tafel:

- Dinge, an denen nicht zu zweifeln ist:
- 1. Daß Allah ewig, einzig und allmächtig ist.
- 2. Daß Mohammed sein Prophet und Mund auf Erden war.
- 3. Daß jedes Frauenzimmer der Welt geschwäg ist.
- 4. Aber meine Frau, Allah sei Lob und Dank, ist eine Ausnahme.

Der Widerstand Ulsters.

Belfast, 8. Dezember. (Havas.) Die beiden gesetzgebenden Körperschaften Nord-Irlands haben einmütig die Antwort auf die Thronrede genehmigt, in welcher es abgelehnt wird, Ulster unter die Regierung des irischen Freistaates zu stellen.

Die polnische Präsidentschaftswahl.

Warschau, 8. Dezember. Wie verlautet, macht sich in der Frage der Präsidentschaft das Bestreben der Linksparteien und der bereits als Zentrumsparterie geltenden Volkspartei geltend, einen Kandidaten namhaft zu machen, welcher womöglich nicht politisch engagiert wäre und daher keiner heftigen Opposition der Rechten oder der Linken begegnen würde. In dieser Beziehung dürfte nach Ansicht der führenden Politiker der Linken die eventuelle Kandidatur des bisherigen polnischen Gesandten in Paris Graf J. J. J. am wahrscheinlichsten erscheinen. Die Ministerpräsidentschaft würde in einem solchen Falle Bitos übernehmen. Die Sitzung der Nationalversammlung zur Wahl des Präsidenten findet schon morgen statt.

Für die Sektionierung der Landwirtschaftskammern!

Eine Kritik und ein Vorschlag.

Von Emil Stedter (Rägersdorf).

Nach Mitteilungen des Landwirtschaftsministers Dr. Hodza ist die Institution der Landes-kulturräte nur mehr eine Einrichtung von kurzer Dauer, da an ihre Stellen Landwirtschaftskammern errichtet werden. Der Motivenbericht des Regierungsentwurfes über Errichtung von Landwirtschaftskammern und Landwirtschaftsvereinigungen erörtert die Grundlagen, auf welchen die neue demokratische und einheitliche landwirtschaftliche Selbstverwaltung aufgebaut werden soll. Diese im Regierungsentwurf unschriebene wirtschaftliche Demokratie kann jedoch niemals Anspruch auf Vollverwirklichung erheben, solange ihre Entwicklungsmöglichkeit durch politische Gegensätze unterbunden wird.

Deshalb ist die Sektionierung der Landwirtschaftsvereinigungen und Kammern ein Gebot der Vernunft. Wenn die Forderung nach nationaler Gliederung dieser Institutionen erhoben wird, so nicht etwa aus nationalpolitischen Erwägungen. Weil diese neue berufständliche Vertretung ein brauchbares und slaglos funktionierendes Instrument für die gesamte landwirtschaftliche Produktion dieses Staates werden soll, muß diese von der Atmosphäre nationaler Ueberheblichkeit ferngehalten werden. Wenn auch die Tätigkeit der noch heute bestehenden nationalen getrennten Landes-kulturräte vornehmlich den bodenbauenden Nutzweidern gewidmet war, kann nicht geleugnet werden, daß die Landes-kulturräte in produktionsfördernder und kultureller Hinsicht auf eine sehr fruchtbringende Tätigkeit zurückblicken können. Die praktische Erfahrung, die mit dem bis zum Jahre 1901 bestandenen national nicht getrennten Landes-kulturrate gemacht wurde, ist Beweis genug, daß der nationale Charakter dieser wirtschaftlichen Organisation jede Möglichkeit eines gesunden Aufblühens nahm und schließlich zur Zerteilung des Landes-kulturrates führte.

Der dem Gesetzentwurf beigelegte Motivenbericht sieht wohl bei der Bildung der Landwirtschaftsvereinigungen einen Minoritätenchutz vor, daß aber ein solcher im Motivenbericht und nicht im Gesetzentwurf eine klarumschriebene Prägung findet, läßt die weitestgehenden Vermutungen zu. Auf jeden Fall steht diesem Minoritätenchutz die Rechtsverbindlichkeit und es sind deshalb die Deutschen lediglich auf das Wohlwollen der politischen Verwaltungsbehörde angewiesen. Der Motivenbericht sagt kurz:

„Es ist aus Gründen des Schutzes nationaler Minderheiten möglich, einen Teil des Sprengels einer politischen Bezirksverwaltung, in der eine nationale Minderheit vorhanden ist, abzutrennen und diesen Teil einer Nachbargenossenschaft, die der Nationalität dieser Minderheit entspricht, anzuverleihen.“

Wenn also das „Mögliche“ eine wirklich wohlwollende Berücksichtigung bei Beachtung der Wünsche einer Minorität findet, könnte demnach die sprachliche Einheit in den Genossenschaften bis auf ein Minimum herabgeführt werden. Diese erfreuliche Erscheinung ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß trotz der nationalfriedlichen Verhältnisse in den Genossenschaften, die Gefahr der politischen Vergewaltigung in den Landwirtschaftskammern ungeschmälert aufrecht bleibt. In der Prager Landwirtschaftskammer sollen z. B. 150 deutsche und gegen 400 tschechische Vertreter der Landwirtschaftsvereinigungen sich und Stimme haben. Da für die Wahl des Vorstandes in der Landwirtschaftsvereinigungen und der des Vorstandes für die Landwirtschaftskammer das Majoritätsprinzip Geltung hat, hängt es einzig und allein von der guten Laune der tschechischen Majorität ab,

ob sie gnadenhalber der Wahl eines deutschen Vorstandsmitgliedes, ja selbst eines Ausschussesmitgliedes der Landwirtschaftskammer zustimmt. Nimen die tschechischen Vertreter den bösen Willen, wird die deutsche Landwirtschaft der Tschechoslowakei weder in Böhmen, noch in Mähren nicht einen Vertreter im Ausschuss oder im Vorstände haben. Die deutschen Landwirtschaftsvereinigungen werden sich in diesem Falle mit der Rolle des Postfremden der Anordnungen des tschechischen Kammervorstandes begnügen müssen. Großmütig bleibt ihnen zwar das Recht eingeräumt, die von der Landwirtschaftskammer alljährlich zur Ausschreibung gelangenden Zuschüsse in der Höhe von 5 bis 10 Prozent der Grundsteuer und allgemeinen Erwerbsteuer pflichteifrig zu zahlen, sonst aber mögen sie schweigen und gehorchen.

Wie hätte nun die Schaffung nationalgetrennter Landwirtschaftskammern zu geschehen? Die Regierungsvorlage sieht die Bildung einer Genossenschaft für den Sprengel einer politischen Behörde I. Ranges vor. Wenn auch die Möglichkeit der Loslösung von Minoritätsgebieten von politischen Bezirken gegeben ist, können deutsche wie tschechische Genossenschaften erhebliche Teile anderssprachiger Minoritäten in ihrem Wirkungsbereich einschließen. Zu erwarten ist, daß die politischen Verwaltungsbehörden die deutschen auf Kosten der tschechischen Genossenschaften benachteiligen, demnach können wir der Festlegung des Wirkungsbereiches der Genossenschaften nach politischen Bezirken nicht beipflichten. Da die Gerichtsbezirke schon im Hinblick der finanziellen Fundierung für die landwirtschaftlichen Genossenschaften als Ausbreitungsgebiet nicht in Frage kommen, erscheinen die zwei nachstehenden Vorschläge diskussionsfähig, sprachlich einheitliche Genossenschaften zu bilden:

1. In den rein sprachigen politischen Bezirken und jenen mit einer bis zu 20prozentigen anderssprachigen Bevölkerung darf für jeden politischen Bezirk nur eine der Nationalität der betreffenden Bevölkerung entsprechende Landwirtschaftsvereinigungen gebildet werden. In jenen politischen Bezirken, wo der Prozentsatz der anderssprachigen Bevölkerung 20 übersteigt, können die der Zwangsmittelgliederung unterworfenen und in der Landwirtschaft tätigen Personen entweder der deutschen oder der tschechischen Landwirtschaftsvereinigungen angeschlossen. Hierbei soll jedoch die Einheit der politischen Gemeinde gewahrt bleiben, d. h. ist die Mehrheit der Gemeindeglieder eine deutsche, so haben sich alle Landwirtschaftsvereinigungen der deutschen oder im entgegengesetzten Falle der tschechischen Genossenschaft anzuschließen. In den gemischtsprachigen Bezirken können so viel Gemeinden ohne Rücksichtnahme auf die politischen Bezirke zu einer national einheitlichen Genossenschaft vereinigt werden, bis deren Existenzberechtigung und die gesicherte finanzielle Grundlage gegeben ist. Die Schaffung eines natürlichen Wirtschaftsbereiches soll hierbei besonders ins Auge gefaßt werden.

2. Die nationale Gliederung kann auch aufgrund des Personalprinzips erfolgen. Nach dem Personalprinzip sieht es jedem zwangswilligen Mitgliede frei, sich der territorial zuständigen Landwirtschafts-Genossenschaft seiner Nationalität anzuschließen. Nach diesem Vorschlag wäre die Bildung von zwei oder mehreren sprachlich verschiedenen Landwirtschafts-Genossenschaften in einem politischen Bezirk möglich. Gegen diese Form der nationalen Gliederung sprechen aber sachliche Bedenken. In verwaltungstechnischer Beziehung würde die Verwirklichung dieses Vorschlages erhebliche Schwierigkeiten verursachen, die unter Umständen zur vollständigen Bürokratisierung des Verwaltungsapparates der neuen berufständigen Interessentvertretung führen könnten. Dadurch aber, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer Mitglieder der Landwirtschafts-Genossenschaften und Kammern und in vielen Fällen verschiedener Nationalität sind, erscheint die Durchsührung des Personalprinzips schwierig. Eine Umgehung sonst zu vermeidender Vorkommnisse verwaltungstechnischer Natur könnte diese Tatsache ergeben, wo der Arbeitgeber einer deutschen und der Arbeitnehmer bei Geltendmachung seines politischen Rechtes einer tschechischen oder auch umgekehrt, angehören würde.

Das Endziel in der Tätigkeit der Landwirtschaftsvereinigungen und Kammern liegt in der größtmöglichen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, die Bestrebungen sozialpolitischer Natur werden ihre Erfüllung finden, wenn Genossenschaften und Kammern sich freizumachen verziehen von allen nationalpolitischen Tendenzen. Die Voraussetzung hierfür ist die nationale Zerteilung der Landwirtschaftskammern, die aufgrund des gemachten Vorschlages zu geschehen hätte. Die deutschen Genossenschaften hätten ihre autonomen deutschen Landwirtschaftskammern zu wählen, die tschechischen Genossenschaften hingegen die tschechischen Kammern. Durch eine gemeinsame Präsidialkanzlei, in der beide Parteien paritätisch vertreten sein müßten, könnte ein einheitliches und gemeinsames Zusammengehen aller Kammern in allen grundlegenden Fragen seine Förderung finden, zum Wohle eines vom Nationalitätenkampfe nicht berührten, dafür aber eines erhöhten landwirtschaftlichen Bodenertrages und nicht zuletzt zum Nachteil des kulturellen Aufstieges des gesamten Landvolkes.

Die Landwirtschaftsvereinigungen und Kammern würden, wenn ihre Tätigkeit von einem solchen Geiste befeuert wäre, Gutes und Ersprießliches schaffen.

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Sichert euer Wahlrecht!

In der Zeit vom 15. bis 22. Dezember müssen bei jedem Gemeindeamte die ständigen Wählerverzeichnisse während der Amtsstunden zur öffentlichen Einsichtnahme aufliegen. Jeder Wähler und jede Wählerin überzeuge sich, ob der eigene Name und die Namen seiner wahlberechtigten Angehörigen und Bekannten in der Liste enthalten sind.

Wer nicht in der Wählerliste verzeichnet ist, verliert sein Wahlrecht bis inklusive 31. Juli 1923.

Genossen und Genossinnen! Hunderte von Arbeiter und Arbeiterinnen sind wegen eigener Nachlässigkeit in den Wählerverzeichnissen nicht eingetragen. Wenn die Gemeindevahlen noch vor dem 31. Juli 1923 stattfinden, wird es gewiß wieder viele Arbeiter und Arbeiterinnen geben, die wählen wollen, aber nicht wählen dürfen, weil sie nicht rechtzeitig dafür gesorgt haben, daß ihre Namen in die Wählerlisten aufgenommen wurden. Durch diese Nachlässigkeit schädigt die Arbeiterklasse ihre Interessen und stärkt dadurch die politischen Gegner der Arbeiterschaft. Wer das nicht will, der überzeuge sich davon, daß er in den ständigen Wählerverzeichnissen seines Ortes eingetragen ist.

Einwendungen sind bis 23. Dezember beim Gemeindeamte schriftlich einzubringen und darf jede Reklamation nur für eine Person verfaßt werden.

Genossen und Genossinnen, sichert auch euer Wahlrecht!

Saubere Geschichten aus Mähr. Schönberg.

Anrüchige Manipulationen und Betrügereien des Betriebsleiters Herman im städtischen Elektrizitätswerk. — „Seine“ Zusammenhänge mit dem deutsch-nationalen Senator und ehemaligen Bürgermeister Oberleithner. — Die deutschbürgerliche Mehrheit in der Stadtvertretung will den Betrüger Herman im Amte lassen.

Auf Grund unserer Informationen sind wir in der Lage, vor den Augen der Öffentlichkeit ein überaus sauberes Bild von den Zuständen und Ereignissen im städtischen Elektrizitätswerk von Mähr. Schönberg zu geben: Durch eine Revisionskontrolle, welche vor längerer Zeit zur Kontrolle der städtischen Betriebe von Mähr. Schönberg eingesetzt worden war, wurden im städtischen Elektrizitätswerk Dinge an den Tag gebracht, die peinlich sind, die Aufmerksamkeit der ganzen Öffentlichkeit auf sich zu ziehen. Zunächst fand man unter den Ausgaben einen Betrag über 12.300 Kronen für einen Waggon Kohle, welchen die Anstalt von der Firma Vinciguerra bezogen haben sollte. Es stellte sich aber heraus, daß dieser Betrag auf einer betrügerischen Manipulation des Betriebsleiters Herman beruht. Dieser hat nämlich seinerzeit dem früheren Bürgermeister von Schönberg und jetzigen deutsch-nationalen Senator Oberleithner sein Auto gegen die Zuführung eines Mietbeitrages zur Verfügung überlassen, ohne daß der Gemeindevertretung jemals ein Antrag auf Bestellung des Autos für den Bürgermeister vorgelegt worden wäre. Als nun Herman mit seiner Förderung von 16.000 Kronen an den ehrenwerten Herrn Oberleithner herontrat, wies ihn dieser ab und der würdige Betriebsleiter Herman ließ sich einfach von einem befreundeten Fabrikdirektor einen falschen Beleg über gelieferte Kohlen ausstellen und kassierte den Betrag für sich ein.

Obgleich dieser Betrag dem gegenwärtigen Präsidium schon von einundzwanzig Jahren bekanntgegeben wurde, verurteilte man ihn damals.

Die Revisionskommission deckte weiters ein unerklärliches Materialdefizit an Kohlen auf und ferner die Tatsache, daß der Wert der Turbine von 5000 auf 23.000 K. hinaufgesetzt worden war. Damit hat es folgende Bewandnis. Der Betriebsleiter Herman hatte mit geheimer persönlicher Bewilligung des Bürgermeisters Oberleithner eine besondere Zulage bezogen, die er einfach als Wertehöhung der Turbine buchte.

Auch sonst enthielt sich der Revisionskommission nette Zustände in dieser Anstalt. Vorhänge und Nachlässe wurden eigenmächtig und ohne Genehmigung des Gemeinderates gewechselt. Für eine vierjährige Reihe nach Aufspinnung man teilweise eine Diätenrechnung von 1200 K. vor.

Am Tage, bevor diese Betrügereien im Gemeinderate zur Verhandlung kamen, zahlte zwar der Betriebsleiter Herman die 12.300 Kronen gemäß, aber den verführten Betrag konnte er natürlich nicht aus der Welt schaffen. Doch die deutschnationalen-schriftstellersche Mehrheit deckte seinen Betrübler und erklärte, nachdem formell die Einleitung eines Disziplinarverfahrens beschlossen war, die Untersuchung für überflüssig, da die Angelegenheit mit der Einstellung einer „Maße“ durch den Bürgermeister bereits beendet sei. Die Anträge der deutschen Sozialdemokraten auf Rückforderung aller zu Unrecht bezogener Gelder und auf Wahrung der Geheimhaltung durch den Bürgermeister wurden abgelehnt.

Inzwischen hatte der famose Herman, den die deutschbürgerlichen Parteien von Mähr. Schönberg bedenklich betrugen, eine Privatarbeit ausgeführt hatte, dem Auftrag, die falsche Rechnung auf 750 K. unter dem Titel „Reparaturarbeiten am Automobil“ zu Lasten des Elektrizitätswerkes auszustellen. Und tatsächlich wurde dieser Betrag dem Handwerker vom Elektrizitätswerk ausgezahlt. Als unsere Genossen in der Revisionskommission den Buchhalter des Werkes fragten, warum er dem Bürgermeister nicht von dieser Einziehung Mitteilung gemacht habe, antwortete er, er habe nicht das Vertrauen, daß etwas geschehen würde, da seinerzeit in der Angelegenheit der Kohlenlieferung vom Bürgermeister nichts verfügt worden war. Für diese Reue wurde der Buchhalter von der Mehrheit in Disziplinaruntersuchung gezogen und sofort vom Dienste suspendiert.

Unter dem Druck der Tatsachen beschlossen endlich Stadt- und Gemeinderat einstimmig die Suspendierung Hermanns vom Dienste. Aber selbst da zeigte sich, wie ernst es den Bürgerlichen damit ist, dem Betrüger das Handwerk zu legen. Man ernannte nämlich zum Vorsitzenden der Disziplinaruntersuchung jenen Mann, welcher in dem laufenden Ehrenbeleidigungsprozeß Herman dessen Verteidiger ist.

Diesem Ehrenbeleidigungsprozeß wiederum liegt ein anderes anrüchiges Geschäft dieses Herman zugrunde. Herman hatte nämlich, als das Elektrizitätswerk von einem reichdeutschen Agenten eine Maschine kaufen wollte, diesem erklärt, aus dem Geschäft könnte nur etwas werden, wenn die Zahlung um 300.000 K. höher angefertigt würde. Daraus entstand ein Ehrenbeleidigungsprozeß und der Verteidiger Hermanns in diesem Prozeß wurde Obmann der Disziplinaruntersuchung, verließ aber durch vier Wochen keine Sitzung ein. Durch das Eingreifen der Sozialdemokraten wurde er zum Rücktritt veranlaßt.

Trotzdem beschloß die Mehrheit der Disziplinaruntersuchung, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, dem Gemeinderate die Aufhebung der Suspendierung Hermanns vorzuschlagen. In der Sitzung des Gemeinderates erklärten unsere Genossen, daß sie nicht Zeuge sein können, wie die deutschbürgerliche Mehrheit über diese anrüchigen Betrügereien zur Tagesordnung übergehen und den Betrüger Herman noch weiter in der Anstalt hocken lasse. Sie verließen daher zum Schicksal des Protokolls die Sitzung. Die Mehrheit aber befehlerte die Ausschüsse unserer Genossen mit Gehör und ist jedenfalls aus Gründen, deren Beurteilung wir der Öffentlichkeit überlassen, entschlossen, das Recht zu beugen.

Wer will den Wert haben und den ersten Stein auf alle jene Unsitzen werfen, die von Frauen vor einem solchen Geschick gepfeift, sich Geld um jeden Preis zu verschaffen suchen, sei es, daß sie zum Verbrechen greifen. Wenn aber auf der Rechten Seite der Gesellschaft Verbrechen, Prostitution und Arbeitslosigkeit immer größer werden, so ist das der traurige Beweis dafür, daß auf der anderen Seite Luxus, Schlemmerei und Prahlerei ins Uferlose wächst. Die bürgerliche Gesellschaft aber sieht hierin eine göttgewollte Ordnung.

... doch der Regen kommt von Frankreich.

Zur Freude aller Leser, die ernstlich auf die Hebung der Kultur bedacht sind, verbreitet das tschechische Pressbureau folgende Sabasmeldung aus Paris: „Wie die Blätter berichten hat Menager Descamps das Anbot eines Machts zwischen Carpentier und dem englischen Boyer Arthur Tounley angenommen. Der Vertrag soll im April in Prag stattfinden.“ So werden wir endlich des Segens der französischen Volkular teilhaftig werden. Und da soll noch einer sagen, daß die Bevölkerung der Tschechoslowakei nicht Frankreich zu tiefem Danke verpflichtet sei!

Eine Manifestationsversammlung der Nerzte in Prag. Western fand unter dem Vorsitze des Präsidenten der „Ostředni jednota českých lékařů“ Dr. Kolonel eine von etwa 600 Nerzten besuchte Versammlung in Prag statt, in der gegen die geplante Reorganisation, d. h. Verschlechterung des Gesetzes betreffend die Verstaatlichung der Sanitätsbehörden protestiert wurde. In allen Reden kam die lebhafteste Entrüstung gegen dieses Attentat auf die Volksgesundheit und die Lebenshaltung der Stadt- und Distriktsärzte zum Ausdruck. Lebhaft begrüßt wurde Abgeordneter Genosse Dr. Solitscher, welchen Angriff Minister Sramel unternommen hat, indem er das vom Parlament beinahe einstimmig angenommene Gesetz, das am 1. Jänner in Kraft treten soll, nicht durchzuführen, und durch Herabsetzung der ärztlichen Bezüge wirksam macht. Genosse Dr. Solitscher versprach, daß unsere Partei alles aufbieten wird, um dieser Verschlechterung des Gesetzes vorzubeugen. Seine Ausführungen wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. Auch die Worte des gelehrten Gesundheitsminister Dr. Prochaska fanden allgemeine Zu-

stimmung. Es wurde einstimmig eine Entschuldigungsangabe an den Minister abgegeben, die gegen den Widerstand gegen die falschen Sparmaßnahmen der Regierung aufgefördert wird, die auf Kosten der Volksgesundheit und der Nerzte gehen.

Massenpensionierung höherer Offiziere in der tschechoslowakischen Armee. Nach einer Meldung des deutschsprachigen Prager Regierungsblattes hat das Ministerium für nationale Verteidigung eine Verfügung herausgegeben, der zufolge ungefähr 100 Generale und Stabsoffiziere der tschechoslowakischen Armee pensioniert werden. Von diesen Offizieren gehören 20 der Infanterie, vier der Artillerie, zwei den technischen Truppen, 28 der ärztlichen Abteilung, drei dem Offiziersverband der militärischen Apotheken und 30 dem Train und den sonstigen wirtschaftlichen und administrativen militärischen Abteilungen an. Die Durchführung der Pensionierung soll bis zum 28. Februar erfolgen. Bis zu diesem Tage werden auch die Neuerwerbungen durchgeführt sein.

Zur Nachricht über die Pensionierung des Landesmilitärkommandanten in Brünn, General Podhajsky, stellt das Ministerium für Nationalverteidigung fest: Um einen Personalwechsel für die höheren Kommandostellen zu erzielen und um für alle Fälle eine genügende Zahl junger Offiziere für höhere Kommanden zu gewinnen, forderte das Ministerium für Nationalverteidigung nach den Bestimmungen des Personalgesetzes alle Offiziere auf, die eine bestimmte Grenze des physischen oder Dienstalters überschritten haben, ihre Gesuche um Pensionierung einzubringen. Das Ministerium für Nationalverteidigung behielt sich allerdings vor, jene Offiziere in aktiver Dienstleistung zu belassen, die im Dienste unentbehrlich sind. Der erwähnten Aufforderung zufolge mußte auch der Landesmilitärkommandant in Brünn, General Podhajsky, sein Pensionierungsgesuch einreichen. In Würdigung der Dienste des Generals Podhajsky hat sich das Ministerium für Nationalverteidigung entschlossen, ihn auch weiterhin in Aktivität zu lassen und seinem Pensionierungsgesuche nicht zu willfahren.

Der Präsident der Akademie für Kunst und Wissenschaften, Professor Dr. Karl Vrba gestorben. Am Donnerstag abends starb der Präsident der Akademie für Kunst und Wissenschaften, Professor Dr. Karl Vrba nach längerer Krankheit im Alter

von 77 Jahren. Der Verstorbene wurde im Jahre 1845 in Klattau im Böhmenlande geboren, wo er auch das Gymnasium absolvierte. Nachdem er an der Prager Universität Naturwissenschaften studiert hatte, und in den nächsten Jahren als Assistent und später als Dozent der Petrographie tätig war, wurde er im Jahre 1880 zum ordentlichen Professor der Mineralogie an die Czernowitzer Universität berufen. Vom Jahre 1881 war er als Direktor des mineralogischen Instituts an der Universität in Prag tätig und übernahm in dieser Eigenschaft auch die Verwaltung der mineralogischen und petrographischen Sammlungen des böhmischen Landesmuseums. Im Jahre 1896 wurde er zum Rektor der Universität gewählt. Seit 1887 gehörte er der „böhmischen Gesellschaft der Wissenschaften“ als ordentliches Mitglied an, die ihn im Jahre 1905 zum Präsidenten wählte. Bei der tschechischen Akademie war er seit 1903 Vorsitzender der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse. Dr. Vrba war ferner Mitglied und Ehrenmitglied verschiedener ausländischer naturwissenschaftlicher Gesellschaften. Die Arbeiten des Dr. Vrba auf dem Gebiete der Mineralogie und Petrographie sind in Tschechien, „Mineralogischen Mitteilungen“ und in den Sitzungsberichten der Wiener Akademie veröffentlicht worden. Dr. Vrba hat seine späteren Arbeiten selbst unter dem Titel „Mineralogische Notizen“ veröffentlicht. Die größte Arbeit Dr. Vrbas ist die Monographie des Stephantit. Die mineralogischen Sammlungen der Prager Hüttenverwaltung sowie die mineralogischen Institute an den Universitäten in Prag und Czernowitz sind eine Gründung Dr. Vrbas. Die mineralogisch-petrographischen Sammlungen des böhmischen Landesmuseums haben dank der Arbeit Dr. Vrbas beträchtlich an Umfang zugenommen. Der Verstorbene hat auch 450 kristallographische Modelle herausgegeben, die durch ihre tadellose Ausführung Verbreitung in der ganzen Welt gefunden haben.

Warum die Freudenhäuser in Kaschau nicht aufzuheben werden. Bekanntlich wurde vor vielen Monaten ein Gesetz herausgegeben, das die Sperrung sämtlicher Freudenhäuser anordnete. Um dieses Gesetz scheint man sich nun in Kaschau überhaupt nicht kümmern, denn nach einer Meldung des „Rude Pravo“ befehlen dort sämtliche Freudenhäuser ungehindert fort. Der Polizeidirektor von Kaschau, der durch eine Reihe nicht besonders laudabler Affären hinlänglich bekannte Herr Klimka, hat einer Neuanordnung gegenüber erklärt, daß man bei der Durchführung des Gesetzes gegen die Geschlechtskrankheiten Rücksicht auf die besonderen Zustände in der Ostschloß nehmen müsse. Diese besondere Rücksichtnahme erklärt ebenfalls darin ihre erste Auswirkung, daß sämtliche Freudenhäuser in der Pragergasse im Mittel auf von Kaschau sich heute noch im vollen Betriebe befinden. Die Einwohnern, die die Kaschauer Polizei aus den Zahlungen der Freudenhäuser für ärztliche Untersuchungen erhielt, überließen heute noch jährlich eine halbe Million. Das „Rude Pravo“ berichtet die Ansicht, daß diese Zahlungen in Kaschau nur deshalb geduldet werden, weil die Polizei unter den Prostituierten eine Anzahl von Spitzeln besitzt und deren Unerkennung nicht gerne vernichten möchte. Die ärztlichen Listen der Prostituierten bringen der Polizei solche Summen ein, daß die Aufrechterhaltung des über die ganze Stadt verstreuten Spitzelapparates sich fleglos abwickeln kann.

Der Morbidefall auf zwei Mitglieder des irischen Parlamentes rief in Dublin eine unheimliche Aufregung hervor. Zum Ueberflusse selbst werden folgende Einzelheiten gemeldet: Im Augenblicke des Ueberfalles fuhr ein Automobil mit einem britischen Unteroffizier und dem Chauffeur den Quai entlang. Die Soldaten hörten Schüsse und sahen drei fliehende Männer. Sie hielten daher sofort an. Der Unteroffizier zog den Revolver heraus und schloß den Mörser nach. Er verfolgte sie, indem er noch ihnen schuß, durch das Labyrinth der versteinerten Gassen, aber im Augenblicke, als er sie erreichte, stießen die Angreifer in die Tür eines Hauses und verschwanden. Die Mitteilung Cosgroves von dem Ueberfalle und der Ermordung des Abgeordneten Dalles rief im ganzen Hause Entsetzen hervor. Die Abgeordneten erhoben sich zum Zeichen der Trauer, worauf die Sitzung vertagt wurde.

Der verbotene „Warrer von Kirchfeld“. Die Bezirkshauptmannschaft von Waidhofen an der Thaya hat vor einigen Wochen ein Ausschreibungsverbot gegen Augengrubers „Warrer von Kirchfeld“ erlassen. In der Gemeinde Weikertschlag hatte sich nämlich ein ländlicher Theaterverein „Neue Waldviertler Bühne“ gebildet, der bereits seit zwei Jahren Schauspielaufführungen veranstaltet. Am 22. Oktober wurde nun bei der Bezirkshauptmannschaft um die Bewilligung zur Aufführung des genannten Augengrubers Werkes angefragt, aber mit der Begründung verweigert, daß dadurch die Ruhe und Ordnung gefährdet erschiene. Dieses Verbot war auf eine Eingabe des Ortspfarrers zurückzuführen, die vom Bürgermeister unterzeichnet wurde, ohne daß dieser von dem Inhalt des Stückes eine Ahnung hatte. Der Theaterverein beantragte hierauf für den Bürgermeister und die anderen Gemeindevorsteher eine Generalprobe, zu der alle drei im Ort stationierten Gendarmen aufzuziehen mußten. Nach der Generalprobe erklärten die Gemeindevorsteher von Weikertschlag schriftlich, daß von einer Gefährdung der Ruhe und Ordnung durch Aufführung des Stückes nicht die Rede sein könne. Trotzdem sah sich die Bezirkshauptmannschaft nicht veranlaßt, ihre Entscheidung zu ändern, so daß die Vorstellung bis zur Entscheidung des Rekurses durch die niederösterreichische Landesregierung unterbleiben muß!

Tages-Neuigkeiten.

Die Unbesiegbaren.

Ich weiß ein Heer von unbesiegbaren Streitern, die nimmer weichen und die nimmer wanken; sie stehen im Glied, die Waffen hoch, die blanken, und tropfen euren Schweiß, euren Meistern.

Sie stürmen ohne Walle ohne Leitern und auferstehen soviel auch ihrer sanken, weil sie vom Vorn des ewigen Lebens tranken — an diesem Heer wird euer Heer zerbrechen.

Schon geht sie unsichtbar um eure Hallen und hauchen euren Wänden ab die Franken und hauchen euren Kältern ab die Krallen.

Ihr Heerschild blüht und die Tempel schwanen, ihr Schlachtruf donnert und die Throne fallen — kennt ihr die Streiter? Das sind die Gedanken. Ludwig Pfau.

Arbeitslosenschicksal. Im Berliner „Vorwärts“ finden wir folgende erschütternde Schilderung einer wahren Begebenheit, die sich „ebenfalls“ auch in Prag oder in irgend einer Industriestadt Deutschböhmens abgepielt haben könnte: Berlin hat zurzeit einige Zehntausende Arbeitslose. Die Reichsparteien sind immer schnell bei der Hand, von Arbeitslosen zu sprechen. Ein kleiner Vorfall, der sich vor kurzem um die achte Stunde in Friedenau zutrug, mag darüber belehren, auf welcher Seite die Wahrheit liegt. Geht da auf dem vom Rebel glühigen Bürgersteig ein einfach gekleideter Mann. Plötzlich sieht man ihn hin und her schwanken und lautlos zu Boden sinken. Dann rüttelt ein fürchterlicher Krampf seine Glieder und sein Haupt schlägt schwer auf die Granitplatte. Zufällig sind ein paar Schwestern zur Stelle, die dem Leidenden hilfreich zur Hand gehen. Viel läßt sich in solchem Fall nicht machen. Sie halten ihm den Kopf, damit er nicht fortwährend auf den Stein schlägt. Allmählich vererbt der Krampf, die Schwestern reichen den Unglücklichen unter Mithilfe eines fremden Herrn auf und der Kranke, dem Schaum vor dem Mund sieht, sieht sich verwundert die Menge an. Die ihn schweigend umsteht. „Wo bin ich denn?“ fragt er mit leiser müder Stimme. „In Friedenau.“ antwortet ihm jemand und senkt sogleich: „Wo sind Sie denn zu Hause?“ „In der Wickestraße.“ Die Leute sehen sich ratlos an. Einer erlärte: „Das ist ja lang oben in Moabit.“ „Ja, in Moabit.“ wiederholt der Mann. „A“, und wie kommen Sie denn hierher?“ fragte der hilfsreiche Herr. „Ach,“ jammert da der Mann, „ich bin ja seit drei Monaten arbeitslos und gehe alle Tage herum, um Arbeit zu suchen. Ich finde aber keine. So bin ich hierher gegangen und bin so hungrig, weil ich seit zwei Tagen nichts richtiges gegessen habe.“ Der Herr greift in die Tasche und holt ein paar Scheine hervor: „Hier nehmen Sie und führen Sie nach Hause.“ Der Mann nickt: „Danke schön.“ Ich bin ja so hungrig und will mir lieber was zu essen kaufen. Nach Moabit will ich dann schon zu Fuß kommen.“ Jetzt greifen auch die Umstehenden in die Tasche und jeder gibt, so gut er kann. Ein paar hundert Mark kommen so zusammen. Für einen Augenblick, für einen Tag vielleicht, ist dem Unglücklichen geholfen. Wieviel aber sinken irgendwo in einem dunklen schmutzigen Winkel dieser entsehrlichen Riesentadt verlassenen hilflos zusammen, verderben und sterben da?

Gerichtssaal.

Durch Schuldliteratur zum Räuber geworden.

(Strafgericht in Kassel.)

Unzählige Fälle hat man schon erlebt, in denen Jugendliche unter dem Eindruck der Lektüre von Schuldliteratur zur Ausführung schwerer Verbrechen verleitet worden sind und dann von den Gerichten mit schweren Strafen belegt werden mußten. Leider ist es trotz Bemühungen nicht gelungen, von den verschiedenen Seiten noch nicht ein einziges Mal die intellektuellen Urheber dieser von Jugendlichen verübten Verbrechen oder Verbrechen auf die Anklagebank zu bringen, d. h. alle diejenigen, die aus der Herstellung und Verbreitung von Schuldliteratur ein Gewerbe machen. Diese Skribis, „Berleger“, Kolportage- und Händler gehörten in erster Linie auf die Anklagebank und mit empfindlichen Strafen belegt für die von ihnen betriebene Vergiftung unserer Jugend. Wohin diese Vergiftung unserer Jugend durch die Schuldliteratur führt, zeigt ein besonders trauriges Bild aus dem Gerichtssaal. Auf der Anklagebank des Gerichtshofes in Kassel saß ein 15jähriger Bursche unter der Anklage des schweren Raubes. Als Sohn einer guten Familie hat er bis Weihnachten v. J. das Gymnasium mit bestem Erfolg besucht. Ein auffallendes Nachlassen seiner Leistungen und eine unerklärliche Umwandlung seines Wesens veranlaßte die Eltern, den Jungen von der Schule zu nehmen und ihn in eine Handwerkslehre zu tun. Hier hielt er auch nicht lange aus, sondern erlernte sich ohne Wissen seiner Eltern aus seiner Lehrstelle und trieb sich in Kassel herum. Als seine Geldmittel ausgegangen waren, besuchte er bei Kassel wohnende Verwandte, die ihn auch bereitwillig aufnahmen. Eines Tages fiel er über seine allein in der Wohnung befindliche 16jährige Nichte her. Schlug auf sie ein, fesselte sie an Händen und Füßen, stopfte ihr ein Taschentuch als Ankel in den Mund und sperrte das hilflose Mädchen in eine Kammer ein. Dann entfernte er sich unter Mitnahme von 3000 Mark, die er mit einem Freund in Berlin verübte. Ueber die Gründe zur Tat und ihrer Vorabsicht befragt, sagte der Junge, daß er sehr viel Schuldliteratur gelesen habe. Diese Lektüre habe eine solche Abenteuerlust in ihm geweckt, daß es ihm auf der Schule und später in der Lehre nicht gefallen habe. Ein derartiges Buch habe ihn auch auf den Gedanken gebracht, seine Verwandten in der verübten Weise zu berauben. Das Gericht sah in dem Angeklagten ein Opfer der Schuldliteratur, mußte ihn jedoch wegen Raubes mit zwei Jahren Gefängnis bestrafen. Doch soll die Strafe nicht vollstreckt werden, wenn der Junge in Fürsorgeerziehung gebracht wird.

Kleine Chronik.

Abturr eines Flugzeuges ins Meer. Nach einer Plättchenmeldung aus Straßburg stürzte in der Nähe von Franzenshöhe ein mit vier Mann besetztes Flugzeug aus etwa 300 Meter Höhe ins Meer. Erst einem zur Unfallstelle gedachten Hubschrauber gelang es, das Flugzeug zu bergen. Alle vier Insassen waren tot.

Durch die Explosion einer Benzinkanne schwer verbrannt. In Kassel in wolle der 19jährige Holzarbeiter Kimpodner mit Benzin das Fenster entfachen. Die Benzinkanne explodierte jedoch, so daß die Kleider Kimpodners Feuer fingen. Kimpodner lief brennend auf die Straße hinaus, wo er zusammenbrach. In seinem Aufkommen wird, da er schwere Brandwunden erlitten hat, gezwungen.

Judee aus Wasser? Eine aufsehenerregende Entdeckung ist, wie Londoner Blätter berichten, dem eng-

lischen Professor E. C. Palb auf Grund langjähriger Versuche gelungen; er hat beträchtliche Mengen Zucker mit Hilfe von Lichtstrahlen aus Kohlenäure gewonnen, die er wieder dem Wasser entzog. Palb entdeckte im vergangenen Jahre, daß die ultravioletten Lichtstrahlen kohlenäurehaltiges Wasser in Formaldehyd verwandeln können, eine Substanz, die jetzt bereits in großen Mengen in manchen Industriezweigen verwendet wird. Nun aber hat er noch herausgefunden, daß die Lichtstrahlen auch dazu benutzt werden können, um das Formaldehyd in Zucker umzusetzen. Da Wasser in unbegrenzten Mengen vorhanden und Kohlenäure als ein Nebenprodukt ebenfalls reichlich zu haben ist, so würde der Rauber der Lichtstrahlen von einer bestimmten Wellenlänge nunmehr auch zur Zuckergewinnung beitragen.

Aus der Arbeiterbewegung.

Die Arbeiterbewegung im Lande der Pharaonen. In dem alten Kulturlande Ägypten hat sich nach dem Krieg die Arbeiterbewegung in beachtlicher Weise entwickelt. In den letzten Jahren sind Verbände der Arbeiter wie Pilze aus der Erde geschossen und ebenso rasch traten überall die heftigsten Arbeitskämpfe auf. Der Einfluß der Arbeiter ist so stark geworden, daß sich der Sultan in einem Erlass vom 18. August 1919 gezwungen sah, einen Schlichtungsausschuß für die Arbeitsstreitigkeiten einzusetzen. Die Lage der Arbeiter in Ägypten hat sich seit dem Krieg verschlechtert. Der vor dem Krieg mit sechs bis acht Pfennig bezahlte Arbeiter mußte jetzt 14 bis 16 Pfennig verdienen, verdient aber viel weniger. Bei den Notstandarbeiten zahlten die Gemeinden für eine sechsstündige Erdbearbeitung zweieinhalb Pfennig. Von den Verbänden lenkten die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit besonders der große Streik der Straßenbahnen in Kairo auf sich. Eine heftige Bewegung entstand auch unter den Zigarettenarbeitern, die die Altersversicherung verlangten. Ebenso gab es erfolgreiche Streiks bei den Schneidern, den Zuckrarbeitern, Barsangestellten, Petrolearbeitern, Brauereiarbeitern, Hafenarbeitern und Friseurgehilfen. Auf die weitere Entwicklung dieser ersten Anfänge einer Arbeiterbewegung in Ägypten darf man umso mehr gespannt sein, als der wachsende Einfluß der Arbeiterkraft in diesem Lande auf die internationale Politik nicht ohne Einfluß bleiben dürfte.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Der Konflikt im Buchdruckerberufe. Wir haben bereits darüber berichtet, daß die Lohnverhandlungen, welche zwischen den Prinzipalen und den Angestellten im Buchdruckerberufe am 4. Dezember stattgefunden haben, ergebnislos verliefen sind. Der „Gutenberg“, das Organ der Buchdrucker, veröffentlicht nun in seiner letzten Nummer einen längeren Bericht über diese Verhandlungen, dem wir folgendes entnehmen: In der allgemeinen Debatte, die zunächst über das Verlangen der Prinzipale nach dem Lohnabbau abgeführt wurde, begründeten die Unternehmer ihre Forderung mit dem Bestreben, durch die Preisherabsetzung der Druckkosten mehr Arbeit für die Druckereien zu gewinnen. Demgegenüber wiesen die Arbeitervertreter darauf hin, wie unrecht bei den früheren Teuerungszulagen gemessen wurde und daß im Verhältnis zu den anderen Branchen die Arbeiter in den Druckereien die letzten waren, denen die Löhne herabgesetzt wurden, daß sie mit den Teuerungszulagen immer nachhinken und daß ihnen die Möglichkeit gegeben werden muß, die Schulden und Verpflichtungen abzutragen, die sie in früheren Jahren auf sich nehmen mußten, um sich und ihre Familien nur

einigermaßen über Wasser zu halten. — Nach abgegebener Generaldebatte wurde sodann eine fünfgliedrige Kommission gewählt, in der die Gehälter der Prinzipalität unter anderem den Anträgen unterbreiteten, die Teuerungszulagen mögen auf Grundlage der Indizes der statistischen Staatsämter berechnet werden. Zum Vergleich zwischen Lohn und Teuerung solle das Verhältnis der Jahre 1914 und 1922 herangezogen werden. Demgegenüber beantragten die Unternehmer als Grundlage das Verhältnis zwischen 1920 und 1922. Schließlich brachen die Gehältervertreter noch den Vermittlungsantrag, die Teuerungszulagen seien insoweit nicht zu kürzen, solange die Indizes nicht unter 988 sinken. Aber auch dieser Antrag wurde von den Unternehmern abgelehnt. Die Unternehmer brachen dann die Verhandlungen ab mit der Erklärung, daß sie ab 1. Jänner 1923 die heutigen Löhne nicht mehr bezahlen können und auch nicht bezahlen werden. Der „Gutenberg“ ist der Ansicht, daß es infolgedessen am 1. Jänner dort, wo die einzelnen Chefs den Lohn herabsetzen werden, zu Einkämpfen kommen kann, zum Kampf im ganzen Gewerbe jedoch nicht, da der Tarifvertrag noch in Geltung ist.

Zentralstelle für genossenschaftliche Bildungsarbeit. Wie wir der „Konsumgenossenschaft“ entnehmen, wird ab 1. Jänner beim Verband der bayerischen Wirtschaftsgenossenschaften in Prag eine Zentralstelle für genossenschaftliche Bildungsarbeit organisiert, deren Leiter der bisherige Sekretär des Konsumvereines München Genosse Wittig wird.

Industrielle Umstellung in Deutschland. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet, stellen infolge Rückganges der Zigarrenfabrikation mehrere Thüringer Zigarrenfabriken ihre Betriebe auf Herstellung von Textilwaren um.

Der Zusammenbruch der Moravsko-Slezka Bank und die Schuld der Regierung. Die Wiener Zeitschrift „Die Börse“ kommt in einem Prager Bericht auf den Zusammenbruch der Moravsko Slezka Bank zurück und schreibt über die Schuld, welche die Regierung daran trifft, folgendes:

In jeder Bank der tschechoslowakischen Republik hat die Regierung einen Vertreter, der die Pflicht hat, die Geschäftsführung nach der Richtung hin zu überwachen, daß öffentliche Interessen nicht geschädigt werden. Meistens hat so ein Beamter eine leichte Aufgabe, weil er sich leicht macht. Er nimmt an den Verwaltungsratsitzungen teil und kümmert sich sonst nicht weiter um die Bank. Der Regierungsvertreter bei der Mährisch-Schlesischen Bank hätte das Ministerium schon vor einem Jahre auf die schwierige Lage aufmerksam machen müssen. Ihm oblag es, die öffentlichen Interessen zu wahren. Die Direktoren und der Verwaltungsrat vertreten die privaten Interessen der Aktionäre, der Regierungsvertreter aber soll die Bevölkerung schützen. Und das tat er nicht. Er hat scheinbar nichts gemeldet und wenn er richtig referiert haben sollte, dann scheint die betreffende Abteilung des Finanzministeriums nicht viel davon gehalten zu haben. Tatsache ist aber, daß durch die Untätigkeit des Finanzministeriums das öffentliche Interesse im größten Ausmaße gefährdet wurde. Die kleinen Einleger, die sich vorsichtigerweise über den Stand der Bank informierten wollten, sahen in den Jahresausweisen: Staatsaufsicht: Herr X. Y. Sie mußten deshalb glauben, daß der Staat sorgsam darüber wacht, wie die Bank, der die Bevölkerung ihr Geld anvertraut, wirtschaftet. Und jetzt erfährt der Einleger, daß sein Geld trotz dieser staatlichen Aufsicht verloren ist.

Die Regierung, insbesondere der Finanzminister Rasin, sollte sich darüber äußern, inwieweit die Abteilung des Finanzministeriums, welche mit der Aufsicht der Banken betraut ist, eine Schuld trifft.

Die erste internationale Zeitungsausstellung wird schon nächsten Dienstag, den 12. ds., um 11 Uhr vormittags feierlich eröffnet. Die breitere Öffentlichkeit hat Zutritt Dienstag ab 3 Uhr nachmittags gegen Entgelt von 3 K pro Person. Für Massenbesuche der Vereine und Schulen sind Karten zu 1 K herausgegeben worden. Diese sind aber vorher im Zeitungsgeschäft der „Pravda“ zu haben. Die Ausstellung, welche alle drei Stockwerke des größten Prager Saales „Luzerna“ einnimmt, wird täglich vom 12. bis 19. Dezember von 9 Uhr früh bis 9 Uhr abends geöffnet sein.

Humor vom Tage. Die Elektrische war schon heute. Trotzdem gelang es einer sehr dicken und stattdich aufgedunneten Dame, noch einen Viertelplatz zwischen zwei Herren zu erwischen. Jetzt kam der Schaffner. Neroda fing die dicke Dame an, an sich herumzutasten und zu knöpfen. Das Kostüm war sicher sehr modern und hatte überall sehr viele Knöpfe, aber die Tatsache mit dem Fahrgast war nicht zu finden. Immer erregter und verwirrt fuhrwette die Dicke herum, bis plötzlich der Mann neben ihr grölte: „Nehmen Sie sich aber jetzt in acht, Sie haben mir schon zwei mal die Hose entrückt.“ — Ein Geistlicher hielt mit einigen frommen Damen seiner Gemeinde Bibelstunden ab. Nach einer solchen Stunde blieb eine der Damen zurück und sagte nach vielem Zieren, daß sie dem Herrn Pastor gern etwas beichten möchte, sie hätte eine Sünde auf dem Gewissen. Erstaunt sah der Pastor sie an. „Ach ja“, sagte sie erzdend, „ich muß mich der Sünde der Eitelkeit schuldig bekennen.“ Der Geistliche verlangte eine nähere Erklärung. Das Fräulein schlug die Augen nieder. „Jeden Morgen, Herr Pastor, unterliege ich der Versuchung mich im Spiegel zu betrachten und mich zu freuen, weil ich hübsch bin.“ Der Geistliche sah sie eine Weile nachdenklich an, dann sagte er: „Wenn das alles ist, meine Tochter, gehen Sie in Frieden. Sie haben einen Irrtum begangen und keine Sünde.“

Den Großvater vergiftet. In Olmütz hat der Notmeister Josef Zalk gegen seinen Sohn Franz die Anzeige erstattet, daß dieser seinen Großvater mit Arsenik vergiftet hat. Zalk war nämlich dieser Tage aus Wäran in seine Wohnung in der Müllerschlößstraße in Olmütz zurückgekommen und hatte seinen Schwiegervater in totkrauem Zustande angetroffen. Der Schwiegervater konnte nur so viel angeben, daß er durch eine Speise, die ihm sein Enkel zu essen gegeben hatte, erkrankt sei. Die Untersuchung der Speisenreste ergab eine Vergiftung mit Arsenik. Zalk fuhr sofort zu seinem Sohne, der sich in Wäran befand, und zwang ihn zu dem Geständnis, daß er zwar nicht den Großvater, aber Zalk selbst vergiftet wollte, weil er — die Erlaubnis zum Besuche einer Nikolausfeier nicht erhalten konnte. Der Großvater ist inzwischen an den Folgen der Vergiftung gestorben. Die Verfolgung des aus Wäran geflohenen Mörders wurde ausgenommen.

Zwei Selbstmordversuche. In einem Weinberger Hotel wollte sich gestern nachmittags der 53jährige Fabrikant Alois R. aus Klado ernähren. Er wurde rechtzeitig abgegriffen und durch die Rettungsgesellschaft ins Allgemeine Krankenhaus gebracht. — Im Park auf der Reina trank gestern vormittags der Beamte Johann B. aus Budensch in selbstmörderischer Absicht Lysol. Schwer verletzt wurde er ins Krankenhaus gebracht. Motiv der Tat: unglückliche Liebe.

Schreibmaschinendiebstahl. Gestern nachmittags wurden in der Hibernergasse zwei Fremde aufgegriffen, die eine Schreibmaschine zum Verkauf anbieten. Es waren dies die Schlossergesellen Hermann Kojeditsch und Bruno Anuscheffsky aus Berlin, die, zur Polizeiwache gebracht, gestanden, daß die Schreibmaschine aus der Botschaftsstellung des Deutschen Konsulates gestohlen hatten. Die Diebe wurden dem Strafgericht eingeliefert.

Copyright 1922 by Der Wolff-Verlag, Berlin-Dahlem.

Man nennt mich Zimmermann.

Roman von Upton Sinclair. (31)
Autor. Uebersetzung von Hermynia zur Mühlen.

Das Telefon klingelte und durch den Apparat tönte T. S. Stimme. Was im „Examiner“ stehe, sei ihm einerlei, im Gegenteil, das sei eine gute Annonce, aber die „Times“, — er werde sie auf eine Million Dollars verlagern, bei Gott, und ich müsse für ihn aufpassen, daß nicht er Zimmermann zu den Teilungen veranlaßt habe. Ob ich bereit sei, dies zu tun?

Dann begann sich der Filmkönig wegen seines Vertrages an Zimmermann zu entschuldigen. Eben jetzt befinde er sich in einer Lage, die mehr als peinlich sei; die Wallstreet-Leute könnten ihn zugrunde richten. Und dann berichtete er mir etwas Seltsames. Am Abend nach der Versammlung sei sein Sekretär, der junge Everett, zu ihm gekommen, habe um einige Monate Urlaub gebeten, er verzichte auf sein Gehalt; Zimmermann interessierte ihn daran, daß er ihm folgen und ihn helfen wolle.

„Wissen Sie, Billy“, sagte die Stimme im Telefon, „ich war so erstaunt, daß man mich mit einer Haarnadel hätte unterwerfen können. Dieser junge Mann war immer so ruhig und nüchtern und ein guter Geschäftsmann. Was wollen Sie denn tun?“ fragte ich ihn. „Von Herrn Zimmermann lernen“, entgegnete er. „Was wollen Sie von ihm lernen?“ „Ein besserer Mensch zu werden.“ Er schwieg einen Augenblick, fuhr dann fort: „Herr T. S., er gebot mir, ihm zu folgen.“ Was sagen Sie dazu?
Was sagten Sie?“

„Was sollte ich tun? Ich wollte sagen: wer hat Ihnen zu gebieten, aber irgendwie brachte ich es nicht über die Lippen, ich mußte ihm sagen, er solle nur losgehen und zurückkommen, bevor er alles Geschäftliche vergessen habe.“

Ich lösdete mich an, frühstückte und fuhr nach der St. Bartholomäus-Kirche. Es war ein klarer, sonniger Novembertag, warm wie im Sommer, und es bereitete mir am Sonntag stets Vergnügen, die prächtigen Herren und Damen zu betrachten, die so gut gekleidet und gepflegt, mit so vollkommenen Manieren Frieden und Wohlbehagen ausströmten. Ach, dieses herrliche Gefühl des Wohlbehagens: „Gott ist im Himmel, alles ist gut auf der Welt.“ Welch ein seltsamer Gegenstand zu dem Gewerkschaftshaus! Einen Augenblick lang begann ich an Zimmermann zu zweifeln: wahrlich, diese Damen mit den schönen Hüften, den rosa und lila Kleidern, dem süßlichen Duft, der sie umgibt, wahrlich, sie müssen doch wichtigere Lebensprodukte sein als jene verfaulten, schlechtgebackenen Frauen. Es muß doch besser sein, heiter, sauber und lebenswürdig zu sein, als traurig, verwirrt, krank und gereizt. Ein wildes, ein tierisches Begehren nach diesem Leben des Wohlbehagens und der Schönheit überkam mich. Ist es denn nicht einerlei, daß diese schamhaften, hartstimmigen Streikerhorden meine Wäsche waschen, meine Fußböden scheuern müssen — wenn nur ich sauber und gepflegt bin?

Ich grüßte etliche elegante Damen und ihre Begleiter in den schimmernden Zylinder und Glöckchenhauben, dann betrat ich die schöne Kirche, blickte zu dem Fenster über dem Altar auf — und dort stand Zimmermann! Ich lagte auch, dieser Anblick berührte mich seltsam. Dort stand er im Fenster, genau, wie er immer gestanden hatte, und ich glaubte jählings aus einem Traum zu erwachen. Es hat gar keinen „eben von Gott gekommenen“ Propheten gegeben, keine Massen-

in der „Times“. Bloslich jedoch vernahm ich neben mir eine Stimme: „Billy, was hast du denn schon wieder Schreckliches angestellt?“ Es war meine Tante Caroline, und da ich sie fragte, was veranlassung in der Grant Hall, seinen Vitaritel sie meine, erwiderte sie: „Dieses furchtbare Prophezeiengeschöpf, dein Name steht in allen Zeitungen!“

Nun wußte ich, es sei dennoch alles wahr, und ich schritt mit meinem lieben alten Tantchen das Kirchenschiff entlang bis zu der Bank, wo meine Tante Jenny mit ihren beiden langen Töchtern saß, die jedesmal, wenn ich sie wieder sah, noch um ein Stück gewachsen waren, und dort sah auch Onkel Timothy, mein Vormund, vor dem ich einen gewissen Respekt habe. Und nun mußte ich geklüßerte Bortwürfe anhören, denn es galt als erstes Verhör unserer Familie, nicht „in die Zeitung zu kommen“. Ich erklärte, es sei nicht meine Schuld, daß mich der Mob überfallen, ebensowenig, daß mich Zimmermann gefunden und geißelt habe. Ich hätte es nicht umgehen können, gegen meinen Wohlthäter höflich und ihm beifällig zu sein. Mein Onkel Timothy war äußerst erstaunt, denn er hatte an die Geschichte der „Times“, daß das ganze ein Rindschwindel sei, geglaubt. In Western City erzählt ein jeder, er glaube kein Wort von dem, was in der „Times“ steht, oder sie tun es dennoch alle, sie müssen doch an irgend etwas glauben. Und was haben sie sonst?

Ich zerbrach mir den Kopf wegen der Gestalt über dem Altar. Natürlich hatte man sie erschaffen müssen. Ich fragte mich, wer wohl im Fenster den alten de Wiggs gefunden habe; ob er wußte, wer ihm diesen Streich gespielt? Ich blickte mich nach dem alten Peter Dexter um, dem Direktor der Dexter-Trust-Gesellschaft, ja, da sah er in seiner Bank, zusammengekrümmt, verhußelt, glatzköpfig und auch Stupbesant Gunning von

der „Fidelity National“, und alle anderen stuh hier — die Finanzherren der Stadt, die Stützen der Ordnung und des Gesetzes. Ein Witzbold hatte einmal behauptet, man könne gleich nach dem Gottesdienst eine Direktorenversammlung in der St. Bartholomäus-Kirche abhalten.

Die Orgelstöne schmolten an, der weißgeklebete Chor marschierte herein, goldene Kreuze in den Händen, gefolgt von dem ehrwürdigen Herrn Dr. Lettuce-Spray, glatt rasiert, wohlgenährt und schön, die Augen fromm zu Boden gesenkt. Der Chor sang begeistert den allerorthodoxsten Choral:

„Der Kirche wahrer Grundstein ist Jesus Christus, ihr Herr.“

Ihr wißt ja, daß der Gottesdienst schön und feierlich ist; ich hatte als kleines Kind gelernt, ihn zu lieben und zu genießen, und das vergißt man nicht. Das Leitmotiv ist Ordnung und Würde, zusammen mit sinnlichem Reiz. Jeder kennt genau seine Rolle, das Ganze bewegt sich glatt, wie eine vollkommene Maschine. Ich kniete nieder und betete, dann sah ich still und lauschte, dann erhob ich mich und sang; dies dauerte etwa dreißig Minuten. Schließlich wurde der Choral gesungen, der immer vor der Predigt kommt; wir erklärten alle laut und feierlich:

„Gottes Sohn steht in den Kampf, die Krone zu erringen; blutrot weht seine Fahne im Wind, wer folgt ihm nach im Kampfe?“

Während der letzte Strophe gesungen wurde, stieg der ehrwürdige Herr Lettuce-Spray leise auf die Kanzel. Nachdem der Chor das Amen gesungen hatte, hob er betend die Hände — und in diesem feierlichen Augenblick sah ich Zimmermann durch die Kirche schreien!
(Fortsetzung folgt.)

Vor einem neuen provisorischen Zolltarif. Wie das Blatt des Ministerpräsidenten, „Beslov“, zu berichten weiß, sind die Arbeiten, welche mit der Revision der Zolltarifkoeffizienten verbunden waren, bereits beendet. Es soll sich um eine Herabsetzung der Zollkoeffizienten auf industrielle Waren und auf Rohstoffe um 20 bis 25 Prozent handeln. Dagegen sollen die Koeffizienten für Fertigfabrikate überhaupt nicht herabgesetzt werden. Das Elaborat soll der Sitzung der Generale der Handelskammern, die am 13. Dezember stattfindet, vorgelegt werden. Der Ministerrat selbst hat in der Angelegenheit noch nicht entschieden. Wenn diese Nachricht auf Richtigkeit beruht, dann ist vor allem entschieden dagegen Stellung zu nehmen, daß in der Frage der Zölle nur die Handelskammern zur Begutachtung herangezogen werden, als ob die Zölle einzig und allein eine Angelegenheit der Industriekapitalisten wären. Demgegenüber muß verlangt werden, daß die Vertreter aller Klassen der Bevölkerung auf die Festsetzung der Zölle Einfluß üben. Wozu will die Regierung einen Wirtschaftsbeirat ernennen, wenn sie ihm eine so wichtige Frage wie die der Zollkoeffizienten nicht vorlegen will? Im übrigen ist die geplante Herabsetzung so minimal, daß sie nicht von großem Belang ist. Es ist auch notwendig, daß die Vergütungen über die Revision der Zollkoeffizienten aus dem Danksatz der ministeriellen Beratungskommission an das Licht der Öffentlichkeit hervorgehoben werden.

Der Lohnabzug bei den Kellnern und des Trinkgeldes. Nach dem Kriege, da alle Warenpreise rapid in die Höhe gingen, verschlechterte sich auch die Lage des ohnehin schon schlecht bezahlten Kellnerpersonals in Prag. Da gleichzeitig nach Prag viele Fremde strömten und in den Prager Hotels abblühten, wodurch die Hotelpreise rasch stiegen und die Besitzer der Hotels gewaltig verdienten, kam eine Vereinbarung zwischen den Kellnern und den Hotelbesitzern zustande, gemäß welcher auf die Zimmerpreise ein 20prozentiger Zuschlag erhoben wird, der den Angestellten zugute kommt. In diesen 20 Prozent partizipierten etwa zehn Angestellte, so daß auf den einzelnen nicht viel kam. Nachdem diese Uebung, die gerade u. als der Beginn der Abschaffung des Trinkgeldes angesehen werden konnte, drei Jahre bestanden hatte, kam nun der sogenannte Hotelinspektor, ein Staatsbeamter, darauf, daß dieser Zuschlag unbegründet und gegenwärtig ist und verlangte laut Rundschreiben vom 21. Oktober von jedem Hotelbesitzer die Abschaffung dieses Zuschlages. Die Folge davon ist, daß nun die Hotelangestellten um diesen Betrag kommen. Gleichzeitig tritt am 1. Räner der neue Lohnvertrag in Kraft, wodurch den

Kellnern 15 Prozent von ihren bisherigen Löhnen abgezogen werden. Die Kellner veranstalteten vor einigen Tagen eine Protestversammlung gegen das Verbot des Zuschlages der 20 Prozent in den Hotels, wobei der Vertreter des Handelsministers dieses „Trinkgeld“ als unbillig bezeichnete. Die Kellner in der ganzen Tschechoslowakei verlangen die Abschaffung des Trinkgeldes und die Prager Hotelangestellten sehen den 20prozentigen Zuschlag als den Übergang zur Trinkgeldlosigkeit an, wie ja auch in den Hotels einiger deutscher Städte während des Trinkgeldes durch einen solchen Zuschlag ersetzt ist. War das Einkommen der Kellner schon gering, so wird es nun noch geringer. Die Prager Hotelbesitzer, die wie der Bericht des Zentralgewerkschafts zeigt, ihre Angestellten in eisdernen Löhnen schlafen lassen — worüber wir nächstens noch schreiben werden — kennen eben nichts als ihren Profit. Sie haben großmütig bei der Preis-Debatte ein Prozent von ihren Hotelpreisen nachgelassen, von den Kellnern verlangen sie aber die Abschaffung des 20prozentigen Zuschlages und noch 15 Prozent Lohnabzug u. Wenn man den Kellnern anständige Löhne zahlen wird, so werden sie auf die vom Handelsministerium als unbillig bezeichneten Trinkgeldder pflichten.

Staats- oder Privatbetrieb. Das „Board of Trade Journal“, das amtliche Blatt des englischen staatlichen Arbeitsamts, stellt fest, daß in England 1.360.000 Güterwagen auf den Eisenbahnen im Jahre eine Leistung von 32 Milliarden Tonnenkilometern fertigbringen, während in Deutschland 700.000 Güterwagen 60,8 Milliarden Tonnenkilometer leisten. Es ergeben sich also in England auf einen Wagen 24.000 Tonnenkilometer für das Jahr als Leistung, in Deutschland dagegen 87.000 Tonnenkilometer pro Jahr. Die deutschen Reichsbahnen leisten nach dieser Statistik also mit ihrem Güterwagenmaterial ungefähr das 3/5 fache von dem, was die englischen Eisenbahnen damit leisten. Das englische Blatt sieht die Ursache für diesen erstaunlichen Unterschied in der Tatsache, daß die deutschen Eisenbahnen durch die Verstaatlichung zu einem einheitlichen Betriebe zusammengeschmiedet sind, während die englischen Eisenbahnen, die Privatbetriebe sind, ganz ungenügend miteinander zusammenarbeiten und infolgedessen zahllose leerlaufende Güterwagen beständig auf den Schienen haben. Die Tatsache ist interessant, weil sie zeigt, daß die in der Kapitalistenwelt sehr

bestehenden Vorwürfe, wie schlecht der Staat als Unternehmer arbeite, jedenfalls für das deutsche Staatsunternehmen nicht zutreffen. Im Gegenteil: gerade hier leistet der Staatsbetrieb bei gleichem Materialaufwand das Vielfache von dem, was in England der Privatbetrieb zu leisten vermag.

Internationaler Landarbeiterschup. Nach Verhandlungen zwischen dem Internationalen Arbeitsamt zu Genf und dem Internationalen Landwirtschaftsinstitut zu Rom wurde kürzlich ein Ausschuss zum Studium von Fragen des Schutzes landwirtschaftlicher Arbeiter eingesetzt. Obwohl Vertreter der beiden Institute schon vor längerer Zeit diese Angelegenheit erörtert hatten und eine Grundlage in bezug auf ihre engeres Zusammenarbeiten und die Vermeidung von Doppelarbeit vereinbart hatten, konnte die Berufung des gemeinsamen beratenden Ausschusses doch erst erfolgen, nachdem der Weltgerichtshof seine Entscheidung betreffend die Zuständigkeit des Internationalen Arbeitsamts in Landwirtschaftsfragen getroffen hatte, die im letzten Sommer erfolgte und dahingehet, daß dieses Amt befugt ist, sich mit Angelegenheiten der landwirtschaftlichen Arbeit zu befassen. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts hat nun als seine drei Vertreter in dem Ausschusse benannt: seinen Vorsitzenden Herrn Fontaine (Frankreich, Regierungsvertreter), Gen. Wissell (Deutschland, Arbeitervertreter) und Herrn Carlier (Belgien, Unternehmervertreter). Dazu kommen noch drei Vertreter des Internationalen Landwirtschaftsinstituts. Der Ausschuss wird sich mit dem Studium der Lebens- und Arbeitsverhältnisse der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen zu befassen haben, um die Ausgestaltung der ländlichen Sozialpolitik zu fördern.

Levi enturse.

Die tschechische Krone notiert in:
Paris 1678,75
Berlin 25,37
Wien 0000,00

Züricher Schlußkurse.

Verlin 000,25
Wien 000,74
Prag 1678,75
Holland 211,50
Rom Port 530,00
London 24,22
Paris 3775,00
Nations 2075,00
Lub. bel 022,75
Belgrad 001,00
Warschau 003,00
Sien. pol 005,00

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute, den 9.: Urania-Vorstellung „Freischütz“, abends Abschiedsspiel Paffezmann „Der große Bariton“, 10 Uhr nachts: Mary Wigman-Tanzabend; Sonntag, den 10.: nachm. „Sans Gene“, abends „Zauberspiele“.
Kleine Bühne. Heute, den 9.: „Candida“; Sonntag, den 10.: „Der müde Theodor“.

Turnen und Sport.

Gefriges Prager Wettspiel. DFC. schläg. Victoria Žižkov 7-3 (erste Hälfte 3-2).

Mitteilungen aus dem Publikum.

Vor den Schaufenstern der Firma Sigmund Stránský, Prag, Hybernská (nächt dem Masarykbahnhof) stauen sich in diesen Tagen die Passanten und nur ägernd machen sie anderen Regierungen Platz, die sich herandrängen, um die ausgestellten Herrlichkeiten zu bewundern, ihre Auswahl zu Weihnachten zu treffen und alten ihren Bekannten zu erzählen, was sie beim Stránský kaufen werden und wie staunend billig die Sachen in bester Qualität sind. Auch die Fremden, die nach Prag kommen, stellen hier ihre Einkäufe machen, denn Stránskýs Weihnachtsokkasion hat auch in der Provinz keine Konkurrenz. 1264

Rechtzeitig eintreffen!
Weihnachts-Wunderkerzen
„UNIO“
bekannt erstklassiger Qualität erhältlich bei allen Gr. und klein. einschlägigen Geschäften wo nicht direkt in der Fabrik - UNIO-WERKE
a. m. b. H. - Pilsen. Vertreter für den Prager Kreis: JOSEF POLÁK, Weinberge, Husova 3, Tolah 2A - Vertreter für den Brünnener Kreis: KARL TÄNZER, Brünn, Levinstr. 16, Tolah 210 IV. - Vertreter für Mählarbeit: JOSEF TRÄGER, Prossnitz, Tel. 382. 1262

Verantwortl. Dr. Ludwig Egech und Karl Cermak.
Verantwortl. Redakteur: Dr. Emil Strauch.
Druck: Deutsche Zeitungs-Abteilungsgesellschaft, Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Salik.

Ein unentbehrliches Handbuch
Arbeiter - Jahrbuch 1923

das in keiner Arbeiterfamilie fehlen darf, ist das Arbeiter - Jahrbuch 1923 das im Verlage des Parteivorstandes der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik erscheint. Gerade das Beste ist für die Arbeiter gut genug. Kein minderwertiges Gedicht, keine leichte Erzählung fand deshalb Aufnahme in dieses proletarische Hausbuch. Der Leser findet darin nur die besten Namen des deutschen und ausländischen Schrifttums. In allzuvielen Arbeiterfamilien findet man leider noch immer die süßlichen „Familienkalender“ mit ihren verlogenen, saden „moralischen“ Geschichten. Arbeiter, die stolz darauf sind ihre proletarischen Pflichten zu erfüllen, die keine bürgerliche Zeitung in ihrem Heim dulken würden, kaufen gedankenlos irgend einen dieser von geschäftstüchtigen Unternehmern auf den Markt geworfenen Kalender und kümmern sich nicht darum, was für Bücher solcher Art ihre Frauen nach Hause bringen. Das muß anders werden! In seinen freiestunden, wenn er im Kalender blättert, soll der Arbeiter nur schöne, wertvolle Erzählungen, gehaltvolle Dichtungen, gediegene Aufsätze finden. Er aber bietet ihm in überreicher Fülle das „Arbeiter - Jahrbuch“. Trotz des reichen Inhaltes und der vorzüglichen Ausstattung kostet das „Arbeiter - Jahrbuch“ nicht mehr als 7 Kronen. Der Preis wurde so niedrig gehalten, um es jeder Arbeiterfamilie zu ermöglichen, sich dieses wertvolle Hausbuch anzuschaffen. 1260

Ebermanns
Mundwasser — Zahnpulver
das Beste und Billigste zur
täglichen Zahnpflege.
Erhältlich in Apotheke u. Drogerien,
Paümeri- und Konsumvereinen.
Dr. Ebermann, Prag 619-1.

Kuh & Kretsch
Likörfabrik
Teplitz-Schönau.

Egger & Co.
Prag-Karlin, Královská str. 14.
Fabrik pharmaceutischer Zuckerwaren,
Eggers Milch- und Kaffeekekarmellen,
Eggers 140er Peppermint 544
In allen Konsumvereinen erhältlich.

Nr. 427 al 1922.

Vergebung von Lieferungen.

Für das Bezirkskrankenhaus in Gablonz a. N. sind die Lieferungen von Fleisch, Fleischwaren, Fett, von Mehl, Brot, Semmeln, Butter, Eiern, Milch und von Kohle u. Koks (Oberschles. Steinkohle Nuss 1, Braunkohle Mittel 2, Niederschles. oder Ostrauer Koks, Nuss 1.) für das Jahr 1923 zu vergeben.

Die entsprechenden mit einem 2 K Stempel versehenen Angebote sind bis 14. Dezember 1922 12 Uhr mittags in der Kanzlei der Bezirksverwaltungskommission in Gablonz a. N., Neuer Markt 2, geschlossen zu überreichen. Dasselbst liegen auch die Vergebungs- und Lieferungsbedingungen zur Einsichtnahme auf.

Der Vorsitzende des Krankenhaus-
verwaltungsausschusses:
Bürgermeister:
Karl R. Fischer.

Der Vorsitzende der Bezirksverwaltungs-
kommission:
Ed. Ludw. Redhammer.

Überall
hört man sagen, daß der
feinsten Teebuffer nur
VITELLO
Delikatess-Margarine
gleich.

Vertreter für Prag-Stadt: Rud. Lobenhart Prag II., Biskupský dvůr 6.
Land: Otto Porges, Prag-Žižkov, Husova 21a.